



OFFENE JUGEND ARBEIT



Praxis
Konzepte
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.

INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 4 WERNER LINDNER**
Schubumkehr: Jugendpolitik und Jugendarbeit mit neuer Energie
- 16 ANKE MIEBACH-STIENS**
„Jugendpolitik braucht ...“
- 20 SABINE HERRMANN**
(Jugend)politische Verankerung vor Ort – Begründungszusammenhänge für die Praxis
- 26 BERND OPITZ**
Lobbyisten gesucht
- 28 HARRY WOLF**
Helsinki
- 38 JÜRGEN HOLZWARTH**
Eine Chance für Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit? – Neue Initiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): „Allianz für Bildung“ und Förderprojekt „Bündnisse für Bildung“

TITELFOTO:

„Wahlen zum Stadtparlament bei der Kinderspielstadt Heidelberg York in Heidelberg“





Zur Einführung

Die Bundesregierung scheint die „Schubumkehr“ in Sachen Jugendpolitik bei der Bundesregierung eingelegt zu haben, so **Werner Lindner** in seinem Beitrag. Da die Jugendpolitik seit Jahrzehnten eher im Schneckentempo über die politische Bühne geschoben wird, könnte man sich davon optimistisch einen raschen Richtungswechsel versprechen. Tatsächlich geht das Bundesministerium aber selbst davon aus, dass der angestrebte Richtungswechsel einen großen Aufwand erfordern wird und eines langen Atems bedarf. Zu viele Akteure müssen die notwendigen Bewegungen nicht nur mitmachen, sondern auch mitgestalten. Dazu gehören die unterschiedlichsten Ministerien (Resorts), Bundesländer, Landkreise und Kommunen, letztlich aber auch die freien Träger.

Trotzdem bleibt festzustellen: Beim Stuttgarter Kinder- und Jugendhilfetag im vergangenen Jahr wurde dem eher erstaunten Publikum ein „Eckpunktepapier“ in die Hände gedrückt, in dem die „Entwicklung und (die) Perspektiven einer eigenständigen Jugendpolitik“ umrissen wurden. „Eigenständig“ meint dabei, dass sich die Jugendpolitik aus der auferlegten Beschränkung auf Jugendhilfepolitik befreit und in Zukunft unter diesem Begriff alle politischen Aktivitäten subsumiert werden, die Auswirkungen auf die Lebenslagen von jungen Frauen und Männern, Mädchen und Jungen haben.

Die Vorlage zu diesem Politikwechsel hat wohl das Bundesjugendkuratorium gegeben, das im Sommer 2009 ein umfangreiches Papier „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik. Notwendigkeit und Stolpersteine“ veröffentlicht hat. Letztlich entspricht dies aber auch den Forderungen, die seit Jahrzehnten aus der Fachwelt an die Politik gerichtet werden, in den 70er Jahren wurde dies im Zusammenhang mit der (gescheiterten) Jugendhilfrechtsreform intensiv diskutiert.

Wer gerne noch tiefer in der Vergangenheit wühlt, wird fast zwangsläufig auf **Richard Münchmeier** stoßen, der anschaulich beschrieben hat, wo die Fronten im Reichstag in Weimar in den frühen 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts verlaufen sind. Dass das Aufwachsen von Jugendlichen ein

Thema der Politik werden muss, war damals unumstritten. Eine Gruppe der Abgeordneten setzte dabei auf ein Lebenslagen-Konzept, sprich es ging ihnen darum, diese damals gesellschaftlich neu freigesetzte „Jugend“ mit eigenständigen sozialen Rechten zu auszustatten. Gewonnen hat bekanntlich aber die andere Fraktion, die ein Jugendhilfe-recht bevorzugte, das in erster Linie Rechte und Pflichten von Eltern, bzw. das Verhältnis von Staat und Eltern rechtlich normiert. Im ersten Fall ist das vielbeschworene „Wohl“ unserer Kinder und Jugendliche (zugespißt formuliert) eine originär öffentliche Aufgabe, im zweiten Fall eine Privatangelegenheit der Eltern, denen der Staat wahlweise auf die Finger klopf oder die er unterstützt. Jugendliche selbst haben bei all dem nicht allzu viel zu sagen.

Dass jetzt keine Sonntagsreden gehalten wurden, ist inzwischen klar. Das Bundesministerium hat bereits erste Projekte in Gang gesetzt und die im „Eckpunktepapier“ angekündigten Gespräche haben begonnen. Wie weit es sich mit seinen neuen Vorstellungen durchsetzen kann, bleibt abzuwarten bzw. sollte unterstützt werden.

Wir versuchen uns in diesem Heft mit einer ersten Annäherung. **Werner Lindner** greift das Thema „Jugendpolitik“ aus einer grundsätzlichen Perspektive auf. **Anke Miebach-Stiens**, Geschäftsführerin der AGJF Sachen, informiert über erste Aktivitäten und ein vom Bundesministerium finanziertes Projekt. **Sabine Herrmann**, Fachberaterin beim Landesjugendamt Rheinland-Pfalz, beschreibt, wie das Thema aktuell von Praktikerinnen und Praktikern diskutiert wird. **Bernd Opitz** von der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft Offene Türen ELAGOT-NRW macht deutlich, dass auch der sich möglicherweise anbahnende Politikwechsel den persönlichen Einsatz nicht überflüssig machen wird und bricht eine Lanze für den „Lobbyismus“. Und ein Bericht von **Harry Wolf** zu einer Studienfahrt von Bonner Kolleginnen und Kollegen schildert ein gelungenes kommunales jugendpolitisches Konzept und beschreibt die darauf aufbauende Praxis.

Schubumkehr: Jugendpolitik und Jugendarbeit mit neuer Energie

Als Schubumkehr bezeichnet man das Manöver zum Abbremsen eines Flugzeuges am Boden oder zur Richtungsumkehr eines Schiffes durch Umlenken der Energie entgegen der bisherigen Bewegungsrichtung. Und genau dies ist derzeit in der deutschen Jugendpolitik zu beobachten und zunächst anhand dreier exemplarischen Aussagen zu belegen:

- Im Jahre 1987 wurde die Lage der bundesdeutschen Jugendpolitik noch wie folgt charakterisiert: *„Jugendliche werden im politischen Raum vor allem dann zum Thema, wenn sie – zumeist negativ – auffallen, wenn sie Anlass für Befürchtungen, Unsicherheiten und Zweifel sind. (...) Aber seitdem die provozierenden und z. T. gewalttätigen Ausbrüche von Protest und Widerstand, die unkonventionellen Artikulationen von Problemen, Ängsten und Sorgen der Jugendlichen abgeflaut sind, fällt auch die Politik wieder in ihren ‚geschäftsmäßigen Gang‘ der Dethematisierung und Vernachlässigung von Jugendfragen und -problemen zurück, ist Jugend kein zentrales Thema politischer Auseinandersetzungen mehr. (...) Das Thema ‚Jugendprobleme und Jugendproteste‘ eignet sich wieder einmal allenfalls als Anlass für selbstgefällige Leistungsdarstellungen der jeweils amtierenden Bundesregierung oder als Anlass für parteipolitische Profilierungen, etwa anlässlich von Wahlkämpfen.“* (OLK 1987, S. 197f.)
- THOMAS RAUSCHENBACH aktualisierte einen solchen Befund nochmals im Jahr

2010: *„Eine eigenständige Jugendpolitik, die diesen Namen verdient, ist in Bund und Ländern so gut wie nicht mehr wahrzunehmen, ist jedenfalls sehr leise und zurückhaltend geworden (...) Infolgedessen spielt die Kinder- und Jugendarbeit (...) auch in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen um die Gestaltung einer kinder- und jugendgerechten Zukunft keine nennenswerte Rolle.“* (RAUSCHENBACH u. a. 2010, S. 234)

- Am 26. April 2012 hingegen brachten die Regierungsfractionen von CDU und FDP einen Antrag zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik ein, der am 9. Mai 2012 angenommen und wie folgt erläutert wurde: *„Die in der Jugend erworbenen Fähigkeiten, Werte und Perspektiven werden unsere Gesellschaft entscheidend prägen. Denn die heutigen Jugendlichen bilden die Gesellschaft von morgen, in ihnen entwickeln sich die kommenden Leistungs- und Entscheidungsträger. Nachdem in den vergangenen Jahren – ganz zu Recht – der Schutz, die Förderung und die Bildung in den ersten Lebensjahren besondere Aufmerksamkeit erfahren haben, gilt es, die darauf aufbauende Jugendphase in all ihren Ausprägungen näher zu betrachten und einen ganzheitlichen Ansatz für diesen Lebensabschnitt zu entwickeln. (...) Während in der Vergangenheit Kinder- und Jugendpolitik als gemeinsamer Politikbereich betrachtet wurde, kann heute festgestellt werden, dass diese Betrachtungsweise den komplexen Lebenswelten von Jugend-*

lichen nicht länger gerecht wird. Schon seit rund 25 Jahren wird eine Jugendpolitik gefordert, die nicht länger als Problem- und Krisenpolitik gesehen wird, sondern als gesellschaftlich relevante Zukunftspolitik, die alle Jugendlichen im Blick hat und sich nicht nur auf so genannte Problemgruppen Jugendlicher konzentriert.“¹

Die Wellenbewegungen auf eine solche Inangriffnahme dürften sich in unterschiedliche politische Felder und administrativ-institutionelle Zonen fortsetzen, und es steht außer Frage, dass diese Entwicklung insbesondere von den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit begrüßt, unterstützt und begleitet, aber auch aufmerksam reflektiert zu werden verdient. So wäre zum Ersten die Frage zu stellen, worin die Ursachen und Begründungen dieses Richtungswechsels liegen (um z. B. die Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit dieses neuen Politikentwurfes zu antizipieren), zum Zweiten wäre zu eruieren, was genau der Gegenstand einer solchen Jugendpolitik ist und wie diese umgesetzt wird (um die hier bestehenden Korrespondenzpunkte für die Kinder- und Jugendarbeit auszuloten); zum Dritten schließlich wäre zu fragen, was dies für die Kinder- und Jugendarbeit bedeutet (um mögliche Entwicklungen für dieses sozialpädagogische Arbeitsfeld zu erschließen).

Der genuine Anspruch von Jugendpolitik ist wie folgt zu charakterisieren: *„Jugendpolitik ist ein Steuerungsinstrument, mit dem von staatlicher Seite auf Jugenddiagnosen, empirische Befunde und reale – als problematisch wahrgenommene – Entwicklungen und Wirklichkeiten in der jungen Generation reagiert und versucht wird, mit ihr umzugehen bzw. auf sie einzuwirken.“* (HORNSTEIN, W. 1999, S. 411), oder in einer

anderen Umschreibung aus dem Jahre 1987: *„Jugendpolitik geschieht eigentlich überall da, wo durch politische Entscheidungen die Lebenssituationen und -möglichkeiten von Gruppen Jugendlicher in einer bestimmten Weise verändert werden. Die Frage ist nur, wie in einem politischen System dieser Gesichtspunkt verankert ist, wer ihn betreibt?“* (CRIBLEZ/SPARADOTTO 1987, S. 67; vgl. aktuell: SCHERR 2012) Mit WALTER HORNSTEIN versteht man unter Jugendpolitik *„im allgemeinen das Ensemble von Maßnahmen, Aktivitäten, Programmen, mit deren Hilfe Gesellschaften gezielt, und auf gewisse Dauer gestellt, die Lebensbedingungen der nachwachsenden Generation durch Schutz vor Risiken oder durch Schaffung von ‚Chancen‘, von ‚opportunities‘ fördern“* (HORNSTEIN 1999, S. 411). Und so wurde von ihm die altbekannte Frage von SCHLEIERMACHER: *„Was will denn eigentlich die ältere Generation von der jüngeren?“* im Jahr 2003 in durchaus absichtsvoller Assoziation abermals neu gestellt: *„Was macht die Politik mit der Jugend?“* (HORNSTEIN 2003.) Demnach reagiere die Politik vornehmlich auf Abweichung, auf Risikoverhalten und Problemverhalten Jugendlicher; glaubwürdige und gegenstandsadäquate Jugendpolitik aber habe die Aufgabe, den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten; sie funktioniere nur, wenn Jugend nicht als Bedrohung, als Patient, als hilfsbedürftig oder als Sicherheitsrisiko gesehen werde, sondern die Politik sich selbst als politische Antwort und Gestaltung des Generationenverhältnisses und des sozialen Wandels verstehe, soweit dieser mit dem Wechsel der Generationen zu tun habe.

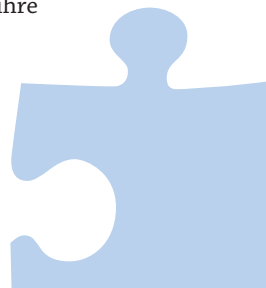
Eine solche Politik aber – so HORNSTEIN weiter – sei derzeit nicht in Sicht, denn über Jugend fehle jegliches seriöse Nachdenken. Eine aktive Ausgestaltung des Generationenverhältnisses hingegen würde eine gesellschaftlich-politische Reflexion über

Stellung, Funktion und Rolle der Jugend voraussetzen und ein Nachdenken darüber, was die Gesellschaft der Jugend zuzugestehen bereit ist, was sie von ihr erwartet und umgekehrt: was die Jugend von der Gesellschaft zu erwarten hat. In jedem Fall brauche Jugendpolitik – ob auf lokaler, regionaler oder Landesebene – überhaupt erst einmal irgendeine Vorstellung davon, wie es gesellschaftlich weitergehen solle. Stattdessen aber begnüge sie sich damit, Jugend als Problem, als Risiko, als Bedrohung, im besten Fall als hilfsbedürftig zu sehen.

In Deutschland sind die politische Wahrnehmung von Jugend und die Programme der Jugendpolitik des Bundes und der Länder in den letzten 40 Jahren zwei parallelen Mustern gefolgt, die – seit es staatliche Jugendpolitik mit Beginn des 20. Jahrhunderts gibt – konstitutiv und typisch für diesen Politikbereich sind: Vorzufinden sind zum einen Chanceneröffnung und Netzwerkentwicklung, Bildung und Qualifikation, Integration und Partizipation, Lebensbewältigung und Ressourcenvermittlung und damit vor allem auch beruflich-soziale Integration. Auf der anderen Seite bearbeitet diese Politik spezifische Problemgruppen bzw. -wahrnehmungen wie z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie „abweichende Verhaltensweisen“ wie Gewalt, Drogen, Kriminalität, Medienkonsum, Politikverdrossenheit oder politischer Extremismus (seit den 1990er Jahren vor allem Rechtsextremismus). In der Auseinandersetzung mit ihrer Rolle und Funktion, den strukturellen Merkmalen und realen Entwicklungen unterscheidet HORNSTEIN (1999) idealtypisch zwei Jugendpolitiken: „Auf der einen Seite eine Politik für die Jugend, die sich als Teil einer umfassenden, auf Integration und Beteiligung aller gerichteten, von einem umfassenden Wohlfahrtsprogramm geleiteten Konzeption versteht; auf der anderen

Seite eine die Gegenwart bestimmende, durch Rücknahme sozialstaatlicher Programme gekennzeichnete, auf Problemgruppen gerichtete Jugendpolitik, die sich im wesentlichen als Unterstützung der präventiven (und kompensatorischen WL) Praxis in Bezug auf Jugend versteht“ (ebd., S. 19; vgl. HAFENEGER 2012).

Die Probleme und Herausforderungen einer aktuellen und angemessenen Jugendpolitik reformuliert LÜDERS, indem er zum einen die Ausdifferenzierungen von Jugend und Jugendlichen, zum anderen die Vielfalt der politisch-administrativen Zugänge aufzeigt: „Als Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sind Jugendliche Gegenstand der Bildungspolitik. Als Auszubildende und sich auf dem Arbeitsmarkt Platzierende sind sie Gegenstand der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Als kranke, behinderte oder hinsichtlich ihrer Gesundheit zu fördernde Jugendliche sind sie Gegenstand der Gesundheits- und Sozialpolitik. Als Wehrdienst- bzw. Zivildienstleistende sind sie Gegenstand der Verteidigungspolitik bzw. der politisch Verantwortlichen für den Zivildienst, als delinquente Jugendliche stehen sie im Fokus sozialstaatlicher Kontrolle und der Sicherheits- und Justizpolitik. Als Jugendliche mit Migrationshintergrund sind sie Gegenstand der Integrationspolitik, als Mediennutzerinnen und Mediennutzer der Medien- und Jugendschutzpolitik, als ggf. werdende Eltern der Familienpolitik.“ (LÜDERS 2011, S. 692) Konsequenterweise dürfte man eigentlich nur noch von „Jugendpolitiken“ reden, wobei allenfalls der Unterschied zwischen einer expliziten Jugendpolitik und einer impliziten Jugendpolitik zu machen sei: explizite Jugendpolitik beziehe sich ausdrücklich auf Jugendliche und ihre Lebenslagen, während implizite Jugendpolitik in anderen Politikressorts veranstaltet werde und Jugendli-



che eher indirekt betreffe. Vor diesem Hintergrund wird evident, dass eine solch umfassend verstandene Jugendpolitik mehr ist als lediglich Jugendhilfepolitik, auch wenn sie vielfach genau hierauf reduziert wird. Und insofern überschreitet Jugendpolitik den Handlungs- und Theoriehorizont der Kinder- und Jugendarbeit – auch wenn dieses sozialpädagogische Handlungsfeld insofern einen berechtigten Zuständigkeitsanspruch reklamieren kann, als dass hier theoretisch die Expert/-innen für die Lebenslagen, Interessen und Themen junger Menschen zu verorten sind. (Allerdings wäre dieser Anspruch nicht nur zu reklamieren, sondern auch über eine spezifische theoretische und methodische Expertise einzulösen.)

In der Ursachenrekonstruktion für die aktuelle jugendpolitische Wende sind mehrere, sich wiederum wechselseitig bestärkende Faktoren zu erkennen: Zunächst sind die Arbeiten von WALTER HORNSTEIN (1987, 1999, 2003, 2007, 2009) und HORNSTEIN/LÜDERS (1997) zu nennen, die gleichsam einer fachwissenschaftlichen Tiefenströmung über Jahrzehnte hinweg die Probleme, Ansätze und Ansprüche einer zeitgemäßen Jugendpolitik immer wieder vorgestellt, diskutiert und mit neuen theoretischen Impulsen versehen haben (vgl. auch BETZ/RAUSCHENBACH 2009; LÜDERS 2011); und es ist immerhin bemerkenswert, dass im maßgeblichen Eckpunktepapier des BMFS-FJ ausdrücklich „Impulse aus der Fachwelt“ (BMFSFJ 2011, S. 3) als Begründungsfaktoren benannt werden.

Die Antizipation und Weiterentwicklung der Ideen von WALTER HORNSTEIN ist aber ebenso abzulesen an der aktualisierenden Entfaltung vieler seiner Argumente im Positionspapier des Bundesjugendkuratorium (BJK) vom Mai 2009 mit dem Titel „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine“ (Bundesju-

gendkuratorium 2009). Auf der Basis einer umfassenden Kritik bisheriger Unzulänglichkeiten stellte das BJK fest, dass Jugendpolitik bislang ein Schattendasein führe und es dringend verstärkter Anstrengungen bedürfe, diese neu zu profilieren (ebd., S. 4). Die bisherigen Ausführungen zur Jugendpolitik „stehen in scharfem Kontrast zur gegenwärtigen Wirklichkeit“. Eine ab und an propagierte hohe politische Priorität sei nicht erkennbar, zudem erweise sich Jugendpolitik als ein „Flickenteppich unabhingestimmter Maßnahmen, Programme und Aktivitäten unterschiedlicher Ministerien.“ (ebd., S. 7) Zugleich wird eine neue ressortübergreifende Politik gefordert, welche die Situation Jugendlicher insgesamt in den Blick zu nehmen und sich nicht auf die Rolle eines nachrangigen Reparaturbetriebes im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zu beschränken habe. Kritisiert wird zudem die rein funktionale Ausrichtung bisheriger Ansätze, wie sie exemplarisch in der europäischen „Lissabon-Strategie“ deutlich werde: „Die jugendpolitischen Aktivitäten und Programme zielen darauf ab, die nachwachsende Generation auf die Anforderungen der globalisierten wissensbasierten Wirtschaft vorzubereiten. In junge Menschen investieren heißt primär, in ihr Arbeitsvermögen zu investieren; sie frühzeitig und umfassend als ‚Arbeitsbürger der Zukunft‘ zu qualifizieren. Teilhabe und Partizipation sind nachrangig ...“ (ebd., S. 9).

Über Ausführungen zu einer Jugendpolitik, die sich vornehmlich aus den Lebenslagen Jugendlicher heraus zu legitimieren hätte, werden schließlich Kriterien einer „kohärenten Jugendpolitik“ vorgestellt, die sich über die Etablierung als Schutz- und Unterstützungspolitik (1), Befähigungspolitik (2), Teilhabepolitik (3) und Generationenpolitik (4) auszuweisen haben. Die Stellungnahme schließt mit Empfehlungen zum Zusammenhang von Jugendpolitik und Governance, wobei neue und stringente Ko-

operationsformen bisher isoliert agierender Ressorts unter der revitalisierten Zuständigkeit des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ) vorgeschlagen werden und diese Politik sodann konsequent in die anderen föderalen Ebenen (Bundesländer und Kommunen) zu implementieren wäre. Das hierauf aufbauende, sich erkennbar auf das BJK-Papier beziehende aktuelle Dokument für eine neue und eigenständige Jugendpolitik in Deutschland wurde schließlich anlässlich des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages 2011 unter dem Titel einer „Allianz für Jugend“ (BMFSFJ 2011) vorgestellt. Die in diesem Papier vorgestellten Leitlinien einer neuen Jugendpolitik akkreditieren die Kehrtwendung, indem die vorausgegangene Ära aus Untätigkeit und Desinteresse an Jugend und Jugendpolitik konterkariert und mit neuen Zielsetzungen, wie u. a. die

- Vergrößerung der gesellschaftlichen Anerkennung für Jugendliche,
- bessere Verzahnung, Förderung und Unterstützung der Akteure,
- gerechtere Gestaltung der Startchancen in das Jugendalter,
- Förderung der individuellen Entwicklungspotenziale Jugendlicher,
- Schaffung von Erfahrungs- und Gestaltungsräume und -zeiten für junge Menschen,

versehen wird.

Zwar wurde bereits im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP des Jahres 2009 (CDU/CSU/FDP 2009, S. 71) „eine eigenständige Jugendpolitik, eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit“ explizit erwähnt – aber ohne das Hinzukommen zusätzlicher politischer Opportunitätsfaktoren wäre dieses Ziel in der nun ersichtlichen Ernsthaftigkeit wohl kaum angegangen worden.

Schließlich und in etwa zeitgleich ist eine neue Dynamik von Jugendarbeit und Jugendpolitik auch durch die Europäische Jugendstrategie 2010–2018 zu markieren, die ursprünglich schon im November 2009 verabschiedet wurde. Auch hier wird eine Wende in der Bewertung von „Jugend als Problem“ hin zur „Jugend als Ressource“ offenbar, welche insbesondere den demografischen Wandel und seine Bewältigung nicht länger nur auf Kindheit und Familie zentriert, sondern nun auch – endlich – Jugendliche darin einschließt.

Zwar ist gerade diese Entwicklung durchaus ambivalent zu bewerten, denn der Tenor der neuen Strategie „EU 2020“ beruht im Kern auf der widersinnigen Fortschreibung neoliberal eingefärbter, wirtschafts- und wachstumsorientierter Ziele, die nun auch Jugendliche leicht als (demografisch knappes und daher wertvolles) Humankapital fixiert und vorzugsweise über Kompetenzen definiert. (LINDNER 2011) Auf der anderen Seite aber soll – quasi als unfreiwilliger, aber willkommener Kollateraleffekt – über diese altbekannten und durchaus kritikwürdigen Ansätze nun auch die europäische jugendpolitische Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt werden. Und diese wiederum setzt u. a. auf eine verbesserte Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung Jugendlicher, der Förderung ihrer persönlichen Entfaltung, einer neuen Wertschätzung für Jugend und Jugendarbeit sowie insbesondere der Aufmerksamkeit für die Themenfelder Partizipation und informelles Lernen.² (Vgl. EUROPÄISCHER RAT 2009; WISSER/SIEBEL/WICKE 2012) Angesichts dieser Prozesse hat die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) in einem hierauf bezogenen Diskussionspapier ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein „besonderer Schärfungsbedarf für die in der Strategie angestrebte neue Rolle von Jugendar-

beit (besteht) ...“ (AGJ 2011, S. 2) und diesen an nachfolgende Zielstellungen gebunden:

- Verbreiterung der Wissensbasis über Jugend und Jugendarbeit;
- Anerkennung und Validierung der Jugendarbeit auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene;
- Förderung und Finanzierung von Jugendarbeit sowie die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur sowie die
- *„Akzeptanz der Kernaufgabe von Jugendarbeit, gleichzeitig Experimentierfeld und Ermöglichungsstruktur für Selbstorganisation, Autonomie und Freiwilligkeit (...) sowie akzeptiertes Feld der non-formalen Bildung zu sein.“* (ebd.; S. 4)

In diesem Zusammenhang vermittelt auch der Nationale Bericht an die Europäische Kommission (BMFSFJ 2012) einen Eindruck von dem durchaus dichten Geflecht aus Akteuren, Aktivitäten, Gremien, Beiräten, Projekten und Veranstaltungen, die im Kontext der neuen Wertschätzung von Jugend und Jugendarbeit etabliert worden sind und weiter ausgebaut werden sollen. Auch wenn hier manche Darstellungen noch ein wenig ungereimt anmuten, so wird damit insgesamt ein jugendpolitischer Anspruch auf einem Niveau aufgestellt, unter das schwerlich zurückgefallen werden kann. Anzumerken ist, dass auch die Jugendarbeit im Rahmen dieser Zielsetzungen eine nachdrückliche Aufwertung und Stärkung erfahren soll – wiewohl hierzu genauere Informationen, wie dies zu bewerkstelligen wäre, einstweilen fehlen. In dem besagten Papier wird darüber hinaus deutlich, dass sich die neue Jugendpolitik von der Bundesebene aus auch auf die einzelnen Bundesländer und darüber hinaus auch bis auf die unmittelbare kom-

munale Ebene erstrecken soll (ebd., S. 9) – denn schließlich ist hier die maßgebliche Handlungs- und Umsetzungsebene. Zu allem wurde ein „Zentrum für Eigenständige Jugendpolitik“ bei der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) eingerichtet³, von dem aus dem weitere Aktivitäten geplant und koordiniert werden sollen; intendiert ist zudem die Einrichtung einer „Allianz für Jugend“.

Es ist in Deutschland also einiges in Bewegung geraten, um die zuletzt doch recht apathische Konstellation aus Jugend, Jugendpolitik und Jugendarbeit in Bewegung zu versetzen. Bei aller zweifellos begrüßenswerten Ambitioniertheit des vorgestellten Entwurfes, sind aber zum jetzigen Zeitpunkt auch prüfende Nachfragen erforderlich:

- Die neu propagierte Jugendpolitik ist bislang noch nicht konsistent und konsequent (und kann dies in ihrem frühen Stadium wohl auch noch nicht sein), weil sie zeitgleich noch von manchen zuwiderlaufenden Tendenzen konterkariert wird, wie etwa der nach wie vor hohen Jugendarmut, der unsinnigen Extremismusklausel im Bundesprogramm für Toleranz und Vielfalt, der kurz zuvor von derselben Regierung avisierten Verschärfung des Jugendstrafrechts oder auch der parallelen Kürzung von Jugendförderprogrammen.
- Die neue Jugendpolitik meint mehr und anderes als nur Jugendarbeit. Damit wird zugleich reaktualisiert, dass der Gegenstand von Jugendarbeit nicht Bildung, Partizipation, Inklusion, Integration oder sonst etwas ist, sondern „Jugend“ – und zwar in all ihren gesellschaftlichen, kulturellen und pädagogischen Dimensionen.
- Die neue und eigenständige Jugendpolitik kann nur bedingt von der Bundes-

ebene aus vorangetrieben werden und ist unabdingbar auf Mitspieler in Ländern und ganz besonders in den Kommunen angewiesen. Hier stellt sich zum einen die Frage einer konsistenten Kooperationsbereitschaft und zum anderen die Frage der materiellen Unterstützung jenseits bloßer Vernetzungsbekundungen. Und so liegen die gravierendsten Risiken für die Umsetzung der neuen Jugendpolitik sicherlich in der absehbaren finanzpolitischen Mixtur aus Haushaltsdefiziten, Schulden und Sparprogrammen, die sich mit dem Stichwort „Fiskalpakt“ verbindet und darauf hinausläuft, die gesamte Politik unter das erbarmungslose Regime von Schuldenbremsen zu zwingen (die sich als die neuen und alternativlosen „Sachzwänge“ gerieren).

- Das besagte Eckpunktepapier verlautbart zwar: *„Die Akteure auf der kommunalen Ebene und der Länderebene sind hoch motiviert, mit dem Bund in diesem Politikfeld zusammenzuarbeiten.“* (BMFSFJ 2011, S. 9); wie weit die Begeisterung jedoch bei den kommunalen Interessenvertretern (Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag) trägt angesichts der angekündigten *„Überprüfung der jugendpolitischen Rahmenbedingungen“*, die auch Rechtsansprüche auf individuelle Förderleistungen auf der kommunalen Ebene anvisiert (ebd., S. 9), wird sich noch zu erweisen haben – die aktuellen Absichten des Abbaus von Rechtsansprüchen in den Erzieherischen Hilfen weisen jedenfalls in eine ganz andere Richtung.
- Und auch die ersten konkreten Schritte zur Umsetzung der neuen Jugendpolitik in Gestalt eines jährlings auf den Markt geworfenen Verfahrens zur Interessensbekundung für Fördermittel muten seltsam

antiquiert an, wenn die Organisationen der Jugendarbeit mit Beginn des Jahres 2012 bundesweit hektisch und in einem verkürzten Zeithorizont zur Einreichung von „innovativen“ Projekten aufgefordert werden – deren Rahmungen jedoch zuvor thematisch und zeitlich wiederum sorgfältig definiert und „eingebettet“ wurden in die tradierten Politikmuster und -zyklen (Bundestagswahl im Herbst 2013).

- Der bisherige Status der neuen Jugendpolitik ist einstweilen situiert im Stadium der Politikvorbereitung und geprägt durch einen Überschuss an Programmatik, Rhetorik und Symbolik (z. B. der „Preis für die jugendfreundlichste Gemeinde Deutschlands“). Hier ist in den nächsten Konkretisierungen eine „Empirie der Jugendpolitik“ anzufragen, die sich etwa in jugendpolitisch relevanten Forschungsergebnissen und in adäquaten institutionellen und organisatorischen Zuständigkeitsregelungen und ab irgend einem Zeitpunkt unausweichlich auch in den hiermit verbundenen Finanzaufwendungen niederschlagen hätte; denn gerade diese sind unbestechliche Indikatoren für wirkliche politische Wertschätzungen und Prioritätensetzungen.
- Die neue Jugendpolitik bedarf zum einen der sorgfältigen Vorbereitung und Abschirmung gegen konträre Interessen, zum anderen läuft sie Gefahr, nach einer langen Zeit jugendpolitischer Abstinenzen mit einer gewissen Erwartungsinflation überfrachtet zu werden. Zwar will der neue Politikansatz *„eine eigenständige Jugendpolitik, eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit“* etablieren, aber es ist fraglich, inwie-



fern es gerade in der Jugendarbeit gelingen sollte, die fachlichen und strukturellen Auszehrungen der letzten 20 Jahre zu kompensieren. Zweifellos kann die Kinder- und Jugendarbeit den fachlichen Anspruch einer speziellen Expertise für die Themen, Bedarfe und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen geltend machen und sich insofern als unbedingt einzubeziehender Kooperationsakteur positionieren. Allerdings besteht zu vorschneller Euphorie kein Anlass, wie die vielfach enttäuschten Hoffnungen, bzw. heute noch einzulösenden Erwartungen einer erhöhten Wertschätzung im Modus von „Bildung“ nach PISA gemahnen. Denn es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die neue und eigenständige Jugendpolitik von anderen Politikressorts oder Stakeholdern wahlweise ausgebremsst, abgewehrt oder aber auch (ggfs. selektiv und partiell) adaptiert wird mit der Folge, dass dabei die Kinder- und Jugendarbeit um ein weiteres Mal enteignet und ihrer genuin sozialpädagogischen Zugänge und Entwicklungschancen beraubt wird (z. B. durch Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik, Schulpolitik, Gesundheitspolitik, Migrations- und Integrationspolitik) – sofern sie nicht sehr präzise und überzeugend ihre Anteile, ihre Potenziale und ihre Leistungsfähigkeit definieren, markieren und platzieren kann.

Die neue und eigenständige Jugendpolitik ist als sektorenübergreifendes Spielfeld mit vielen verschiedenen Akteuren zu verstehen, bei dem auch die Kinder- und Jugendarbeit ihre Rolle einzunehmen hätte – auch wenn sie selbst kein einheitlicher Akteur ist. Sie könnte diese Rolle koordiniert ausgestalten in der Initiierung von nachhaltigen und nachdrücklichen „Gegenstrom-Aktivitäten“, in denen die Repolitisierung von Jugend und

Jugendarbeit „von oben“ durch eine Repolitisierung „von unten“, also auch durch die Praxisakteure vor Ort, ergänzt und befördert wird. (vgl. LINDNER 2012) In dieser Hinsicht müsste der neue Politikansatz zum neuen und notorischen „Ceterum Censeo“ in allen anstehenden Erörterungen um die Jugendarbeit erwachsen. KLAUS WALDMANN (2012) hat den gegenstandsgemessenen Zugang in der nunmehr anstehenden operativen Ausgestaltung einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik als Netzwerkpolitik aller engagierten Akteure auf den verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Konstellationen formuliert und hierfür einige weiterführende Indikatoren bzw. jugendpolitische Entwicklungsschritte skizziert:

- Die seit Jahren wiederkehrend monierten Empirie- und Forschungsdefizite in Bezug auf Jugendliche wie auch für die Jugendarbeit wären mit neuen Energien (und Ressourcen) zu versehen, z. B. in der Erweiterung und Qualifizierung der in jeder Legislaturperiode des Deutschen Bundestags zu erstellenden Kinder- und Jugendberichte zu periodisch durchzuführenden Jugendmonitorings, insbesondere auch auf kommunaler und auf Bundesländerebene, mit denen Auskunft über Lebenslagen, gelingende oder kritische Prozesse des Erwachsenwerdens, Prozesse der Inklusion und der Exklusion gegeben und politische Handlungsbedarfe aufzuzeigen wären. (**Anmerkung WL:** Weiterhin zu nennen wären Vorhaben der lokalen und regionalen Jugendforschung, Forschungen und Praxisfeldentwicklungen in der Implementation von Politikberatung und Politikfeldanalysen zur Jugendpolitik (LINDNER 2012a, 2012b), der Konzipierung gegenstandsangemessener Forschungs- und Evaluationsdesigns zur

Validierung informeller u. non-formeller (Bildungs-)Wirkungen (RAUSCHENBACH 2012, DÜX u. a. 2009) inklusive darauf bezogener Fachkräfte-Qualifikationen sowie die verstärkte Bearbeitung der überaus lückenhaften und unvollständigen Erkenntnisse zur Jugendarbeitsforschung. (SCHMIDT 2011)

- Einrichtung von Netzwerken und Stabsstellen der Jugendpolitik auch auf kommunaler Ebene, welche die örtlichen Akteure u. a. aus den Ressorts Bildung, Arbeit, Jugendhilfe und nicht zuletzt die Jugendlichen selbst umfassen. (**Anmerkung WL:** Zwar existieren bereits jetzt schon zahlreiche, sinnvolle und unsinnige, parallele Vernetzungen z. B. in Form von Präventionsräten, Gemeinwesen- und Sozialraumkonferenzen, Bildungslandschaften, Lernende Regionen, Agenda 21 und AG-KJHG-78-Gemeinschaften etc.; diese wären nunmehr jugendpolitisch neu auszutarieren, jugendpolitisch zu akzentuieren und zu qualifizieren – was vermutlich kaum ohne Definitions- und Zuständigkeitsquerelen der bisherigen Akteure vorstattgehen dürfte.)
- *„Entwicklung von Kriterien bzw. von Indikatoren zur Reflexion einzelner Vorhaben und Projekte oder von Programmen, um zu prüfen, inwieweit die Realisierung bestimmter Pläne den Zielen und Schwerpunkten einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik entspricht bzw. welche Auswirkungen die Umsetzung politischer Vorhaben auf den verschiedenen Ebenen*

des politischen Systems auf die Lebenslage und Lebensphase Jugend hat. Insbesondere im Kontext der Frage nach Generationengerechtigkeit wäre dann auch zu untersuchen, welche Auswirkungen die Verabschiedung jeweiliger Gesetze auf junge Menschen hat. Denkbar wäre die Einführung eines Systems der Gesetzesfolgenabschätzung in Hinblick auf die Auswirkungen der zu verabschiedenden Gesetze für die junge Generation.“ (WALDMANN 2012)

- Den Netzwerken im Kontext der neuen kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik käme es zu, die erforderlichen Ressourcen für eine verlässliche Infrastruktur im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit neu auszurichten, an wechselnde Bedarfe anzupassen, diese Infrastruktur zugleich abzusichern und zu qualifizieren. Das Ziel wäre hier, insbesondere die im KJHG formulierten, aber insbesondere für die Jugendarbeit vielfach vernachlässigten bis ignorierten Rechtsansprüche als kommunale Pflichtaufgabe, nach einer aktuellen und adäquaten Jugendhilfeplanung, einem hieraus resultierenden vielfältigen Angebot an Räumen sowie Lern-, Unterstützungs- und Freizeittorten, nach konziser Beachtung des Fachkräftegebots und deren unabdingbarer Fort- und Weiterbildung zu sichern und so die Kinder- und Jugendarbeit in die Lage zu versetzen, auf die jugendpolitisch markierten Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Die vorgestellten Dokumente und Anregungen stehen als Argumentationsmaterial für die Protagonisten der Kinder- und Jugendarbeit bereit, um auf allen föderalen Ebenen

herangezogen, mit den jeweiligen politischen Akteuren offensiv diskutiert und mit konkreten Weiterführungen vorangetrieben zu werden.

Anmerkungen

- 1 vgl. http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_05/2012_230/03.html
- 2 Inwiefern sich hiermit auch, wiederum durchaus als kritisch zu bewertende, Prozesse der funktionalisierenden Akkreditierung, Zertifizierung und Qualifizierung verbinden, bliebe zu beobachten: Einerseits sollen für Jugendliche Frei- und Gestaltungsräume etabliert werden, andererseits sollen die hierbei zu erwartenden, ja erhofften Lern- oder Bildungseffekte sofort wieder erfasst, verglichen und vermessen werden.
- 3 Vgl. <http://www.agj.de/Zentrum-Eigenstaendige-Jugendpolitik.206.0.html>

Literatur

- AGJ (2011): **Anforderung an Ausgestaltung, Instrumente und Weiterentwicklung der Europäischen Jugendstrategie 2010–2018**. Diskussionspapier. Berlin
- AGJ (2012) (HRSG.): **Zukunft Jugend**. Jugendpolitische Positionen, Beiträge und Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Berlin
- BMFSFJ (2011): **Eine Allianz für Jugend**. Eckpunktepapier: Entwicklung und Perspektiven einer Eigenständigen Jugendpolitik. Berlin
- BMFSFJ (2012): **Nationaler Bericht Deutschlands an die Europäische Kommission**. Erste Phase der Zusammenarbeit EU-Jugendstrategie 2010–2012. Berlin
- BETZ, T./RAUSCHENBACH, TH. (2009): **Bildungs- und Jugendpolitik**. In: GAWRICH, A./KNELANGEN, W./WINDWEHR, J. (HRSG.): **Sozialer Staat – soziale Gesellschaft?** Stand und Perspektiven deutscher und europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit. Leverkusen, S. 163–187
- BUNDESJUGENDKURATORIUM (2009): **Zur Neupositionierung von Jugendpolitik**: Notwendigkeit und Stolpersteine. Berlin
- CDU/CSU/FDP (2009): **Wachstum, Bildung, Zusammenhalt**. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode. In: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>
- CRIBLEZ, L./SPADAROTTO, C. (1987) (HRSG.): **Jugendpolitik und Jugendforschung**. Beiträge aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2012): **Antrag Eigenständige Jugendpolitik vom 24.04.2012** (Drucksache 17/9397)
- DÜX, W. U. A. (2009): **Kompetenzerwerb im freiwillingen Engagement**. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. DJI München. Wiesbaden
- EUROPÄISCHER RAT (2009): **Entschließung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018)** vom 27. November 2009 (Dokument: 2009/C 311/01)
- HAFENEGER, B. (2012): **Rückblicke: Jugendpolitik in den letzten 30 Jahren**. In: LINDNER 2012 (i. e.)
- HORNSTEIN, W. (1987): **Jugendforschung und Jugendpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – Probleme und Perspektiven eines schwierigen Verhältnisses**. In: CRIBLEZ/SPADAROTTO 1987, S. 49–62
- HORNSTEIN, W. (1999): **Jugendforschung und Jugendpolitik, Entwicklungen und Strukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts**. Weinheim und München
- HORNSTEIN, W. (2003): **Was macht die Politik mit der Jugend?** Über die nicht einlösbaren Versprechungen, mit denen Politik die Jugend zu gewinnen sucht. In: ZEITSCHRIFT FÜR PÄDAGOGIK, 49. Jg., H.6, S. 870–884
- HORNSTEIN, W. (2007): **Jugendpolitik**. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES UND BUNDESARCHIV (HRSG.): **Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945**. 1989–1994 Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung, Band 11, S. 831–850
- HORNSTEIN, W. (2009): **Jugend – Politik – Gesellschaft**. Plädoyer für eine zukunftsorientierte Konstruktion von Jugend und eine generationenbewusste Politik. In: SOZIALE PASSAGEN, 1. Jg., S. 49–71
- HORNSTEIN, W./LÜDERS, CHR. (1997): **Jugendberichterstattung zwischen Wissenschaft und Politik**. In: COELEN, T./RICHTER, H. (HRSG.): **Jugend-**

berichterstattung. Politik, Forschung und Praxis. Weinheim, S. 33–47

LINDNER, W. (2011): **Bildung und Kompetenzerwerb – ein Differenzverhältnis.** IN: COELEN, T./GUSINDE, F. (HRSG.): **Was ist Jugendbildung?** Positionen – Definitionen – Perspektiven. Weinheim u. München, S. 70–78

LINDNER, W. (2012 a): **Politikberatung und Lobbying für die Kinder- und Jugendarbeit.** Hinweise für die praxisbezogene Umsetzung. IN: DEUTSCHE JUGEND, 60. Jg., Heft 1 /2012, S. 18–26

LINDNER, W. (2012 b): „All politics is local“ – **Aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene.** Zugänge und Bausteine für eine lokale Politikfeldanalyse. IN: DEUTSCHE JUGEND, 60. Jg.; H. 6 /2012 (i. e.)

LINDNER, W. (2012) (HRSG.): **Political (Re-)Turn? – Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik.** Wiesbaden (i. e.)

LÜDERS, CHRISTIAN (2011); **Jugendpolitik.** IN: OTTO, HANS-UWE / THIRSCH, HANS (HRSG.): **Handbuch Soziale Arbeit.** 4. Aufl. München, S. 692 – 698

OLK, T. (1987): **Jugend und Jugend(hilfe)politik – Repression durch Nichthandeln?** IN: NEUBAUER, G./OLK, T. (HRSG.): **Clique – Mädchen – Arbeit.**

Jugend im Brennpunkt von Jugendarbeit und Jugendforschung. Weinheim u. München, S. 197–221

RAUSCHENBACH, TH. U. A. (2010): **Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.** Eine Expertise. Dortmund, Frankfurt, Landshut, München

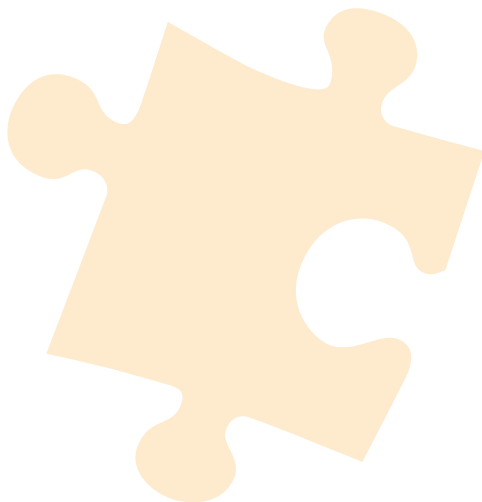
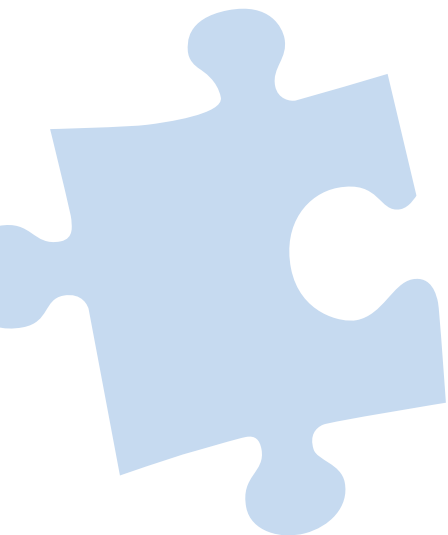
RAUSCHENBACH, TH. (2012): **Zentrale Kompetenzen und Kriterien der Anerkennung nicht-formaler Bildung.** IN: BMFSFJ (Hrsg.): **Dokumentation Fachforum: Anerkennung außerschulischer Bildung.** S. 16–25. Berlin.

SCHERR, A. (2012): **Was kann Jugendforschung zur Konturierung einer sozialwissenschaftlich aufgeklärten Jugendpolitik beitragen?** Probleme und Perspektiven im Verhältnis von Jugendforschung und Jugendpolitik. IN: LINDNER 2012 (i. e.)

SCHMIDT, H. (2011): **Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.** Wiesbaden

WALDMANN, K. (2012): **Es ist Bewegung in der Debatte.** Zur Einschätzung von Jugendpolitik aus jugendverbandlicher Perspektive. IN: LINDNER 2012 (i. e.)

WISSER, U./SIEBEL, C./WICKE, H.-G. (2012): **Impulse aus Europa für die Jugendpolitik und Jugendarbeit in Deutschland.** IN: LINDNER 2012 (i. e.)



Streetdance in Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.

Der Fotobildband zeigt die Streetdancer in Aktion: im Alltag, beim Training, bei Shows und Contests. Auch die Orte, an denen diese besondere Form der Jugendkultur zu finden ist, werden ins Bild gerückt: die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. In kleinen Texten, Statements und Geschichten erzählen Tänzer/innen und Mitarbeiter/innen von ihrer Leidenschaft. Sie geben Einblick in ihre Erfahrungen, ihre Ideen, in Schwierigkeiten und Erfolge und in das, was sie immer wieder am Streetdance begeistert.

108 Seiten, **Preis: 9,- € zzgl. Versandkosten**

Bezug:



**Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e.V.**
Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart
Tel.: 0711-8969 15-0 · Fax: 0711-8969 15-88
E-Mail: info@agjf.de · www.agjf.de
www.streetdance-bw.de



„Jugendpolitik braucht ...“

Die Bemühungen um die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik sind seit der Veröffentlichung des Eckpunktepapiers „Eine Allianz für die Jugend“ zu einem bundesweit wahrnehmbaren Thema geworden.

Der politische Dialogprozess ist dabei auf einen längeren Zeitraum angelegt. In den vergangenen Monaten fanden thematische Fachforen statt, die aktuelle Fragestellungen in den Mittelpunkt stellten. Beispielsweise ging es dabei um die Möglichkeiten einer optimalen Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Ausbildung. Die Ergebnisse der jeweiligen Foren werden von Jugendlichen bewertet, die darüber hinaus eigene Positionen und Forderungen entwickeln, die wieder in die nachfolgenden Fachforen einfließen sollen. Junge Menschen sind daher aufgefordert, ihre eigene Sichtweise und Vorschläge für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik zu formulieren, vgl.

<http://www.dbjr.de/ichmachepolitik.html> u. <http://tool.ichmache-politik.de>.

Nach den Fachforen „Anerkennung außerschulischer Bildung“ in Berlin und „Teilhabe junger Menschen vor Ort“ in Mainz fand das vorerst dritte Fachforum zum Thema „Weichenstellungen für die Zukunft! Übergänge im Jugendalter gestalten“ im Mai 2012 in Leipzig statt. Veranstaltet wurde dieses von der inzwischen gegründeten Geschäftsstelle „Zentrum Eigenständige Jugendpolitik“ der AGJ. Das Zentrum wurde eigens für die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend eingerichtet, vgl. <http://www.zentrum-eigenstaendige-jugendpolitik.de>.

Das Leipziger Forum bot den Rahmen für anregende Fachvorträge, eine Podiumsdiskussion aber auch mehrere Workshops zu unterschiedlichen thematischen Facetten, wie „Schule als Lebenswelt“ junger Men-

Hintergrund

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will die Kinder- und Familienpolitik zukünftig mit einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ um ein zentrales gesellschaftliches Zukunftspolitikfeld ergänzen. Im Rahmen einer Eigenständigen Jugendpolitik soll die Phase der Jugend in ihrer ganzen Vielfalt, ihren Fähigkeiten, Bedürfnissen aber auch aktuellen Herausforderungen und Unsicherheiten neu in den Blick genommen und die politische Verantwortung für die Lebens-

phase „Jugend“ gestärkt werden. Gemeinsam mit wichtigen Akteuren der Jugendpolitik wurde ein „Zentrum für die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik und für den Aufbau einer Allianz für Jugend eingerichtet“, um die Fragestellungen der Eigenständigen Jugendpolitik zu bündeln und einen Umsetzungsprozess anzustoßen. Das Zentrum besteht aus einer Steuerungsgruppe sowie der Geschäftsstelle „Zentrum Eigenständige Jugendpolitik“.

schen und die Bedeutung von „Peers und Peergroups“ für die jungen Menschen. Die AGJF Sachsen hatte Gelegenheit einen dieser Workshops mit dem Titel „Außerschulische Bildungsangebote und -orte“ auszugestalten. Dabei wurde deutlich, wie vielfältig und bedeutsam außerschulische Bildungsangebote und -orte hinsichtlich der Interessensfindung, beruflichen Orientierung und Integration von Jugendlichen in der Praxis sind. Eine rege Diskussion der Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet entspann sich bspw. über erforderliche Rahmenbedingungen, die zum Gelingen beitragen bzw. zwingend erforderlich sind.

Die Ergebnisse aus den Fachforen sind auf der Homepage des BMFSFJ dokumentiert, siehe <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/eigenstaendige-jugendpolitik.html>. Auch CORAX – das Fachmagazin für Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen berichtete in seinen Ausgaben 02/2012 und 03/2012 dazu, vgl. auch www.corax-magazin.de.

Neben diesen dialogisch angelegten Diskussionsangeboten der thematisch angelegten Fachforen hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Träger der Kinder- und Jugendhilfe aufgerufen, Projekte zum Thema zu entwickeln. Ein Innovationsfonds zur Unterstützung einer Eigenständigen Jugendpolitik wurde dazu eingerichtet. Zahlreiche Träger folgten diesem Aufruf und beteiligten sich an dem zweistufigen Verfahren der Ausschreibung.

Zu den Antragstellern gehörte auch unsere Stiftung, die Jugendstiftung Sachsen (JUST), und reichte in diesem Rahmen ein Konzept unter dem Titel „Jugendpolitik braucht ...“ oder „Achte die Jugend, du weißt nicht, wie sie sich entwickeln wird.“ (Konfuzius) ein. Nach aktuellem Stand kann das Projekt in den nächsten Monaten umgesetzt werden.

Die JUST Jugendstiftung Sachsen unterstützt seit ihrem Bestehen neue und alternative Projekte in der sächsischen Jugendarbeit. Die Stiftung legt dabei besonderen Wert auf die konkrete Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Projektentwicklung und Projektrealisierung und unterstützt neue Ansätze vor allem in der Startphase durch die finanzielle Unterstützung im Rahmen einer Projektförderung und fachliche Anerkennung der Projektidee.

Das nun konzipierte Vorhaben „Jugendpolitik braucht ...“ bietet der JUST Jugendstiftung Sachsen Gelegenheit, ein eigenes Projekt umzusetzen, welches dazu beitragen soll, Jugend als Lebensphase und als Lebenslage in ihrem Eigenwert zu stärken und die öffentliche Wahrnehmung mit einem differenzierten Blick auf junge Menschen zu erweitern.

Konzipiert ist die Umsetzung einer Veranstaltungsreihe in Sachsen an wechselnden Orten, die mit einer öffentlich-medialen Kampagne begleitet wird. Jugend und Jugendarbeit werden in einen Dialog unmittelbar mit Wirtschaft, mit Medien, mit Politik, mit Wissenschaft, mit Verwaltung und mit der Profession in Austausch treten können. Eine unmittelbare Einbindung und Mitwirkung junger Menschen an diesem „Dialog Jugendpolitik“ ist vorgesehen. Auf Basis gemeinsamer Fach- und Diskussionsveranstaltungen soll einerseits ein differenziertes Bild junger Menschen, ihrer Bedürfnisse und Interessen gezeichnet und in verschiedene gesellschaftliche Bereiche transportiert werden. Andererseits sollen Zielvorstellungen und Grundlagen für eine eigenständige, an den Lebenslagen junger Menschen in Sachsen orientierte Jugendpolitik formuliert werden.

Die Veranstaltungsreihe knüpft konzeptionell an vier Bereichen einer gelingenden Jugendpolitik an:

- Jugendpolitik als Schutz- und Unterstützungspolitik
- Jugendpolitik als Befähigungspolitik
- Jugendpolitik als Teilhabepolitik
- Jugendpolitik als Generationenpolitik.

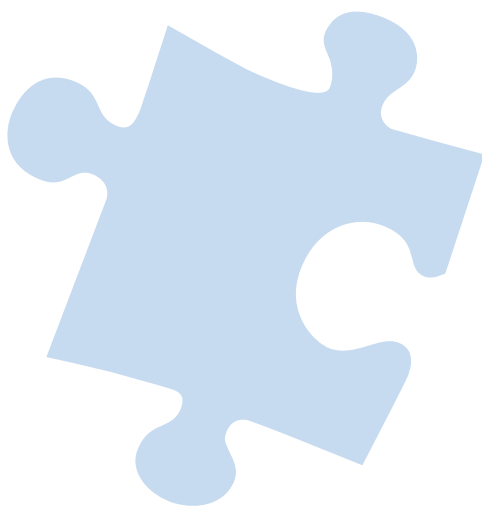
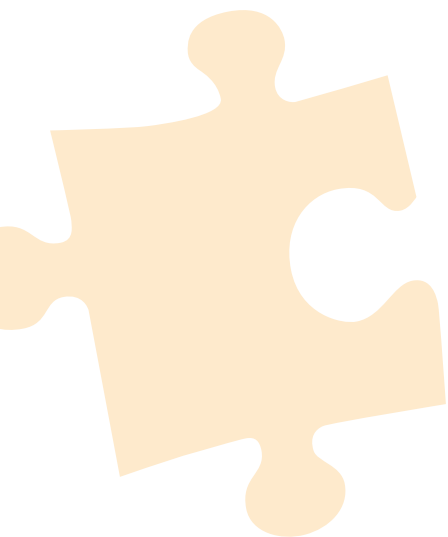
Die zentrale Abschlussveranstaltung integriert dabei die Themen und Schwerpunkte der vier regionalen Veranstaltungen und hat das Ziel, ein Handlungskonzept zu erarbeiten, welches in den jugendpolitischen Dialog des Landes hineingetragen wird.

Eine eigenständige Jugendpolitik ist vor allem eine querschnittsorientierte Jugendpolitik, die nicht nur eine Zuständigkeit bei den beiden obersten Landesjugendbehörden

im Freistaat sowie den Jugendämtern in den Landkreisen und kreisfreien Städten formuliert, sondern alle Ebenen der Verwaltung, öffentliche Institutionen und gesellschaftliche Interessensgruppen, Wirtschaft und Wissenschaft anspricht.

Dazu möchte das Vorhaben und die JUST Jugendstiftung Sachsen zusammen mit ihren Kooperationspartnern einen Beitrag für Sachsen leisten.

Anke Miebach-Stiens,
Vorstand JUST Jugendstiftung Sachsen,
Geschäftsführerin der AGJF Sachsen e.V.
www.jugendstiftung-sachsen.de
www.agjf-sachsen.de





„Bildung im Alltag der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ war ein Projekt, das die AGJF Baden-Württemberg e.V. gemeinsam mit dem Paritätischen Jugendwerk Baden-Württemberg e.V. und der SBR gGmbH Stuttgart 2006/07 durchgeführt hat. Gefördert wurde es aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Arbeitsagentur.

Viele akademische Jugendarbeiter/innen fordern, die offene Arbeit verstärkt unter der Bildungsperspektive zu sehen. Sind solche Forderungen unter den gegebenen Voraussetzungen – personellen wie fachlichen – aber überhaupt realistisch? Kann es mit den durchschnittlich vorhandenen Ressourcen und strukturellen Gegebenheiten gelingen, Bildungsprozessen im alltäglichen Geschehen auf die Schliche zu kommen? Unsere Antwort lautet eindeutig „Ja“, sofern die Praktiker/innen dafür eine vergleichsweise bescheidene Unterstützung erhalten.

In diesem Buch werden die theoretischen und methodischen Grundlagen, v. a. aber die

Ergebnisse des Projekts in einigen der beteiligten örtlichen Einrichtungen vorgestellt.

Im „Jugendmedienzentrum Tübingen“ geht es um Entwicklungen, die bei der großen Gruppe ehrenamtlicher Mitarbeiter, die den Betrieb i. w. tragen, beobachtet werden konnten.

Bei der „Backoff(f)ensive“ der Spieloffensive Freiburg handelt es sich um ein Projekt mit Jugendlichen, denen üblicherweise niemand so richtig über den Weg traut.

Das „Jugendzentrum Hammerschlag“ in Schorn-dorf ist ein Angebot überwiegend für Spätaus-siedlerjugendliche. Hier wird sehr deutlich, wie sich diese Jugendlichen mit Unterstützung des Jugendzentrums aus dem üblichen Dreieck Bahn-hof, Stadtpark und Jugendzentrum Zug um Zug herauslösen und sich neue Räume aneignen.

In der „Musikwerkstatt Tübingen“ wurden zwei Mädchenbands ein Jahr lang begleitet.

Der „Jufo-Club Möglingen“ ist ein Partizipations-projekt für eine Gruppe jüngerer Besucher des kommunalen Jugendhauses.

Im „Jugendhaus Bastille“ in Reutlingen standen die informellen Prozesse zwischen Jugendlichen im Vordergrund. Was passiert in der Raucher-ecke oder am Billardtisch unter der Perspektive „Bildung“?

Das Buch kann bezogen werden über die AGJF Baden-Württemberg – www.agjf.de (Shop), den Verlag – www.tbt-verlag.de (Shop) oder den Buchhandel.

Burkhard Fehrlen / Thea Koss

**Bildung im Alltag der
Offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Empirische Studien

Hrsg. von der LAGO Baden-Württemberg

202 Seiten · **12,80 €**

Tübingen 2009

ISBN 978-3-925882-31-9

(Jugend)politische Verankerung vor Ort – Begründungszusammenhänge für die Praxis

Am 16. Mai 2012 trafen sich die Fachkräfte kommunaler Jugendarbeit aus dem Norden in Prüm, um sich mit dem Thema Repolitisierung der Jugendarbeit auseinanderzusetzen.¹

Häufiger ist in den letzten Jahren die Forderung nach einer Repolitisierung der Jugendarbeit laut geworden. Doch was genau bedeutet das? Welche Handlungsfelder erschließen sich, welche Fragen und welche Antworten müssen gefunden werden?

WERNER LINDNER, Professor an der Hochschule in Jena, beschrieb in seinem Eingangsreferat die engen finanziellen Spielräume der Kommunen in Zeiten hoher Verschuldungen. Die Schuldenbremsen engen die Handlungsoptionen der kommunalen Ebene beträchtlich ein – sollte der geplante Fiskalpakt die Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat erreichen, wird sich dies noch erheblich verschärfen.

Jugendarbeit gerät in dieser Situation ins Hintertreffen und fällt Konsolidierungen zum Opfer, kritisch wird die Pflichtmäßigkeit der Leistung Jugendarbeit hinterfragt, der Legitimationsdruck wächst. Die Fachkräfte sehen sich mit der Frage konfrontiert, wieviel Jugendarbeit denn überhaupt von Nöten sei.

Während die Zahl der Fachkräfte, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig ist, von 1982 bis 1998 stetig anstieg, erfährt sie seit 1998 bundesweit einen Abbau (1998 arbeiteten 33.292 in der Jugendarbeit, davon waren 2006 nur noch 19.814 Beschäftigte – ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten – tätig)².

2010 wuchs die Zahl der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit zwar wieder leicht (auf 20.734 Vollzeitäquivalente), so dass ein Hoffnungsschimmer erkennbar ist, hat aber noch lange nicht den alten Stand erreicht.³

Der Anteil der Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe sinkt für die Kinder- und Jugendarbeit kontinuierlich: betrug er 1982 noch 7,8% an den Gesamtausgaben, so ist der Teil, der für die Kinder- und Jugendförderung ausgegeben wird, auf 5,5% bundesweit geschrumpft.⁴

Gleichzeitig steigt die hohe Verschuldung der Kommunen, das KfW-Kommunalpanel 2011 – eine deutschlandweite Befragung der Städte und Gemeinden, in die 2011 erstmals auch die Landkreise einbezogen wurden – kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen: Der kommunale Investitionsrückstand beträgt rund 100 Mrd. €, besonders betroffen sind der Bildungs- und der Verkehrsbereich.⁵

Auf die Frage der Unternehmensberatung Ernest & Young bei 300 ausgewählten Kommunen, ob sie Leistungsreduzierungen planen, steht die Kinder- und Jugendarbeit vorne, besonders bei Kommunen ab 100.000 Einwohnern.⁶

Es sei nun, so LINDNER, an der Zeit, dass Jugendarbeit sich mit Politik auseinandersetze, zum einen, um Jugendarbeit und ihre Wirkungen ins öffentliche Bewusstsein zu stellen, zum anderen, um jugendspezifische Themen in den Fokus zu rücken.

Rückenwind dafür komme aus der Jugendpolitik der Bundesregierung: das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und



Jugend (BMFSFJ) legte im Mai 2011 ein Eckpunktepapier für eine neue und eigenständige Jugendpolitik vor, das die Kinder- und Jugendarbeit bedeutend miteinbezieht.

Für politisches Handeln seien aber Kompetenzen nötig, die Sozialarbeit sich erarbeiten müsse. Es benötige nun nicht mehr allein fachwissenschaftliche Kompetenzen, gefragt sei nun auch die politische Akzeptanz der Fachkräfte. Er zeigte auf, dass politische Einmischung vielfältig geschehen muss, nicht nur auf formalem Weg.

Ein Großteil der wichtigen Entscheidungen werde nicht in den Ausschüssen getroffen, sondern zuvor auf informellen Kanälen. Er empfahl, politische Entscheidungsprozesse vor Ort genauestens zu beleuchten und zu analysieren: wo werden die für die Jugend-

arbeit relevanten Entscheidungen getroffen? Nach welchen Kriterien? Und weiter: wo werden die Entscheidungen vorbereitet, wer beeinflusst sie?

Im nächsten Schritt sei es wichtig, sich zu überlegen, welche Netzwerkpartner für den Jugendbereich wichtig seien und wie man Kontakt herstellen könne. Zu beachten sei, dass nicht nur die offiziellen Entscheider, sondern auch die Vorentscheider eine wichtige Rolle spielen: wer hat wichtige Funktionen inne? Wer gilt in der Gemeinde als einflussreich? Und wer hat in der Vergangenheit wichtige Entscheidungen mitgestaltet?

Die kommunale Haushaltsplanung müsse genauestens unter dem Blickwinkel der Jugendpolitik analysiert und mit dieser Analyse Strategien entwickelt werden, wie die

Fachkräfte sich an der Planung beteiligen und einbringen können.

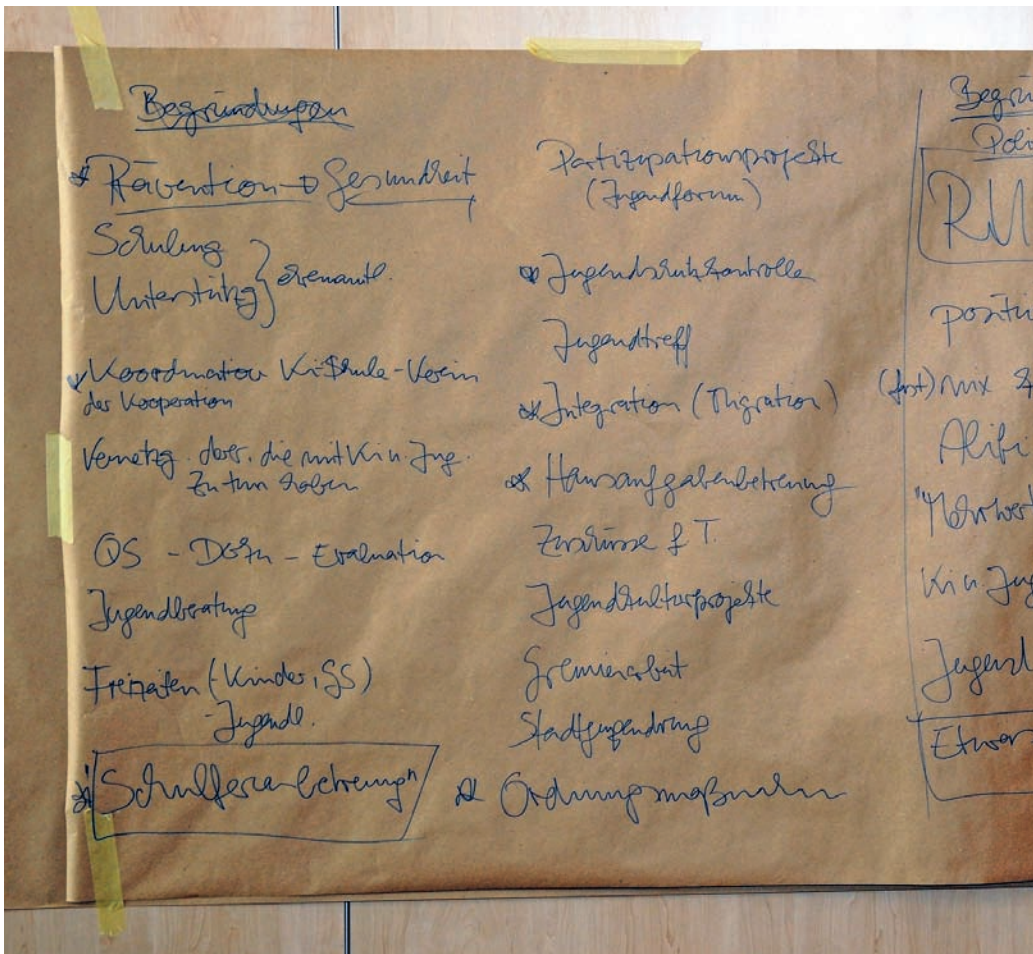
WERNER LINDNER endete mit der Forderung, dass Fachkräfte der Jugendarbeit über den Tellerrand der ausführenden Gestaltung hinausblicken und offensiv und gestaltend eingreifen müssten.

In der anschließenden Diskussion stellten die Fachkräfte der Jugendarbeit fest, dass nicht immer Klarheit über den §11 SGB VIII (Jugendarbeit als Pflichtaufgabe der örtlichen Träger) herrsche. Zum Teil würde vor Ort angenommen, dass Jugendarbeit

„freiwillig“ sei, zum Teil aber auch darüber gestritten, was „angemessen“ sei. LINDNER entgegnete, dass Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe⁷ sei und die „Angemessenheit“ sozialpädagogisch definiert und beschrieben werden müsse.

Er wies darauf hin, dass Evaluationen der Kinder- und Jugendarbeit zu oft nicht aufbereitet und nicht in den politischen Prozess eingebracht würden.

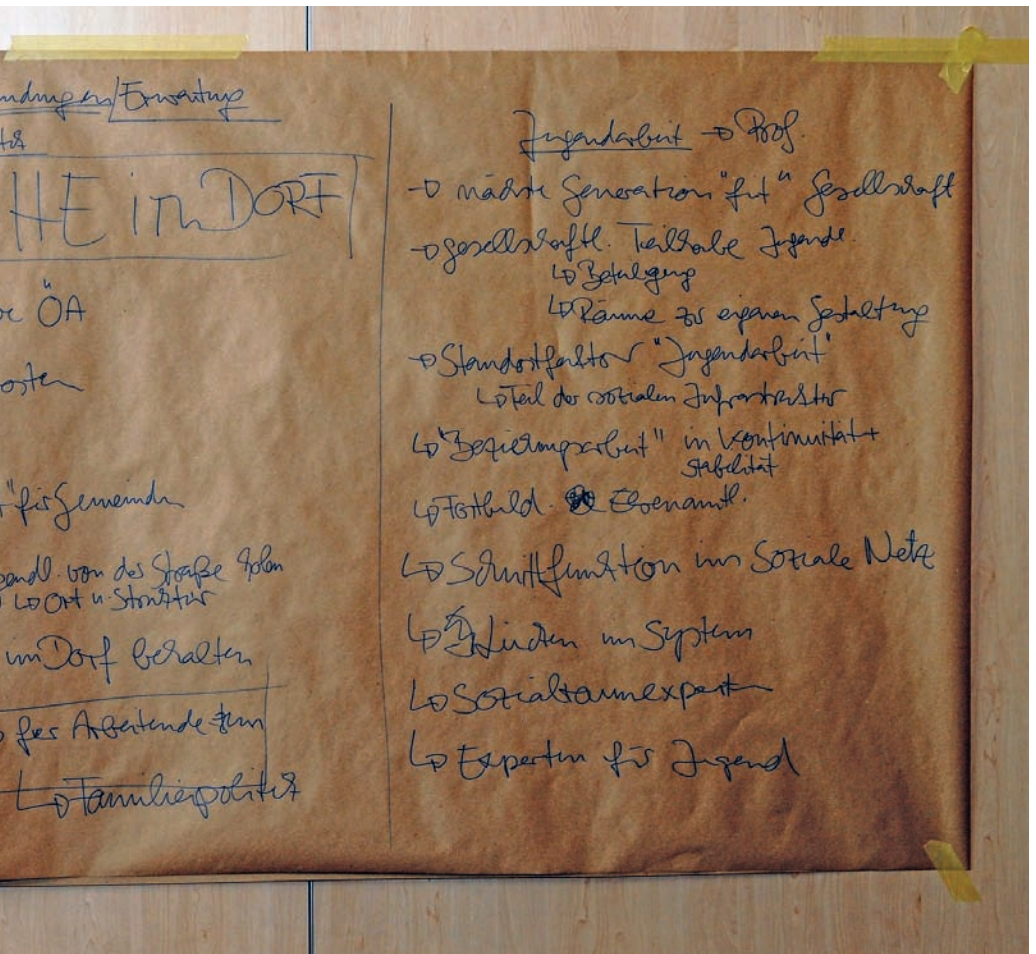
Festgestellt wurde auch, dass Politik über Beziehungen funktioniere. Bündnisse vor Ort seien wesentlich, um das Arbeitsfeld



„Jugendarbeit“ mit seinem Auftrag und Selbstverständnis zu transportieren. Häufig haben Politiker, Politikerinnen und andere Entscheidungsträger nicht genug Kenntnis über Jugendarbeit (Jugendkeller als Sinnbild für Jugendarbeit). Die Fachkräfte stellen heraus, wie wesentlich es sei, Konzepte zu kommunizieren und sich als Experten für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu definieren – unter dem Blickwinkel, dass Jugendliche nicht nur „Problemfelder“ sind.

WERNER LINDNER gab noch einmal den Hinweis, dass man sich hierfür auch der Dokumente bedienen könne, die von Europa, dem Bund, dem Land und evtl. sogar in eigenen kommunalen Zusammenhängen herausgegeben worden seien. Offen sei aber die Frage, welche geeigneten Strategien es gibt, diese Argumente an die Politik heranzutragen, es gebe in der sozialen Arbeit zu wenig Austausch darüber.

Am Nachmittag ging es in drei Arbeitsgruppen um praktische Themen:



ndungen/Erwartung

HE im DORF

ÖA
osten

für Gemeinde
andl. von der Straße folgen
↳ Ort u. Struktur

im Dorf behalten
für Arbeitende sein
↳ Familienpolitik

Jugendarbeit -> Prof.

- > nächste Generation "fit" Gesellschaft
- > gesellschaftl. Teilhabe Jugend
 - ↳ Zielgruppe
 - ↳ Räume zur eigenen Gestaltung
- > Standortfaktor "Jugendarbeit"
 - ↳ Teil der sozialen Infrastruktur
 - ↳ "Beziehungsarbeit" in Kontinuität + Stabilität
 - ↳ Totbild. ~~in~~ Ebenen.
- ↳ Schnittfunktion im soziale Netz
- ↳ Glieder im System
- ↳ Sozialraumexperte
- ↳ Experten für Jugend

1. Jugendarbeit professionell begründen

Um Jugendarbeit professionell politisch begründen zu können, sammelten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Argumente:

Jugendarbeit

- schafft Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen,
- öffnet Räume,
- wirkt integrierend,
- hat einen deutlichen „Wert“ für die Gemeinden in Zeiten des Generationenwandels, indem sie einen wichtigen Teil sozialer Infrastruktur zur Verfügung stellt und familienfreundlich agiert,
- bietet Beziehungen an,
- wirkt als „Motor“ im Gemeinwesen (u. a. durch Netzwerkarbeit),
- ist sowohl Sozialraumexperte als auch Experte für Jugendfragen,
- gewährleistet Freizeitaktivitäten, häufig Hausaufgabenhilfen, Schulferienbetreuung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der (berufstätigen) Eltern.

2. Strukturen in der Jugendarbeit weiter entwickeln

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sammelten ihre Erfahrungen und brachten sie auf den Punkt. Hilfreich seien:

- die Transparenz der Arbeit bei den Entscheidungsträgern (z. B. sollte das Konzept kommuniziert werden, die Jahresplanung veröffentlicht und in politischen Gremien vorgestellt werden, etc.),
- eine fundierte Sozialraumanalyse (Erhebung Bestand-Bedarf der Jugendarbeit),
- Entwicklung von Maßnahmen- und Umsetzungsstrategien und deren Kommunikation,
- Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und

eine Präsenz in der Verwaltung,

- um politische Lobbyarbeit für Jugendliche zu leisten, sei es wichtig, Strukturen kennen zu lernen, um sie professionell mitzugestalten.

3. Strategien für politische Wege

Zunächst stellten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen fest, dass meistens ein Konsens über Grundzüge der Jugendpolitik herrsche. Problematisch würde es nur bei Entscheidungen, die finanzielles Handeln erforderlich machten.

Ein formaler Weg für die Jugendförderung, politische Entscheidungen mit zu beeinflussen, sei der über den örtlichen JHA, über die Jugendvertretungen oder Jugendinitiativen und über projektorientierte Beteiligungsformen von Jugendlichen. Hier sei es wichtig, den Jugendlichen und ihrer Lebenssituation „eine Stimme zu verleihen“.

Wichtig sei eine jugendpolitische Vernetzung. Diese werde häufig als wichtiges Gremium „mit Stimme“ wahrgenommen und könne politisch beraten. Dieses Gremium könnte auch zu jugendpolitischen Themen einladen (z. B. die Fraktionssprecher der vertretenen Parteien).

Es sei eine Bestandsaufnahme zu machen: welche Rolle habe ich und wo sind meine Partner und Verbündeten?

Jugendarbeit kann der Politik anbieten:

- Begegnungen zwischen Politik und Jugend zu ermöglichen,
- Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, Demokratie zu lernen,
- Politik zu Jugendthemen zu beraten.

Jugendarbeit sollte Informationen über Lokalpolitik sammeln. Wichtig sei es, Kenntnisse über Schlüsselfiguren und informelle Beziehungen zu haben und zu wissen, welche Themen gerade behandelt werden. Nötig

sei auch eine Information darüber, wie die Atmosphäre und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fraktionen sei, und herauszufinden, welche Partei sich aktuell am Besten für jugendpolitische Themen ansprechen lässt.

Die Fachkräfte der Jugendarbeit baten darum, einen Leitfaden zu entwickeln: wie und

zu welchem Zeitpunkt kann ich mich formal und informell in die Politik einbringen?

Sabine Herrmann

Fachberaterin für
Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit,
Landesjugendamt Rheinland-Pfalz

Anmerkungen

- 1 Zweimal jährlich finden in Rheinland-Pfalz Fachtagungen für die Jugendförderung statt. Einmal im Jahr treffen sich die Fachkräfte aus ganz Rheinland-Pfalz, und einmal im Jahr wird die Tagung regional (Norden-Süden) unter Mitwirkung eines gastgebenden Landkreises/Verbandsgemeinde organisiert. Eingeladen zur Tagung „Nord“ 2012 hatte das Landesjugendamt Rheinland-Pfalz, die Kreisverwaltungen Bitburg-Prüm und die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich.
 - 2 Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen
 - 3 In Deutschland stellt sich die Situation sehr unterschiedlich dar: in Baden-Württemberg, Hessen und Saarland wurde wieder das quantitative Niveau von 1998 erreicht, aber z. B. in Nordrhein-Westfalen fehlen 46%, in Mecklenburg-Vorpommern sogar 82% der noch 1998 vorhandenen personellen Ressourcen. Siehe
- JENS POTHMANN, **Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe Komdat**, März 2012, Heft Nr. 1/12, S. 14
- 4 Quelle: EBD., Entwicklung des Ausgabenanteils für Kinder- und Jugendarbeit an den Ausgaben Kinder- und Jugendhilfe insgesamt.
 - 5 KFW-Kommunalpaneel 2011
 - 6 LINDNER, WERNER: **Politikberatung und Lobbying für die Kinder- und Jugendarbeit**. Hinweise für die praxisbezogene Umsetzung (in: deutsche jugend – Zeitschrift für Jugendarbeit, 60. Jg.; Heft 1/ 2012, S. 18–26)
- Vgl. http://www.ey.com/DE/de/Newsroom/News-releases/2011_Umfrage_unter_deutschen_Kommunen; Abfrage v. 24.07.2011
- 7 Siehe auch: Stellungnahme Landesjugendamt Rheinland Pfalz 2012 „Jugendarbeit als Pflichtaufgabe der Kommunen“

Lobbyisten gesucht

„Lobbyisten für Kinder und Jugendliche“ sind Menschen, die stellvertretend für deren Interessen eintreten. Dies tun sie z. B. gegenüber Politikern, politischen Gremien, einflussreichen Persönlichkeiten oder an anderen wichtigen Stellen. Diese sind auf Menschen mit Fachwissen und Erfahrungen aus der gelebten Praxis angewiesen, um richtige und kompetente Entscheidungen treffen zu können. Mitarbeitende im CVJM brauchen sich dabei nicht zu verstecken: es gibt hauptberuflich Tätige und auch viele Ehrenamtliche, die ausgewiesene Fachleute sind und fachspezifisches Wissen haben, das sie gerne und gezielt weitergeben sollten.

„Ein Lobbyist ist, wo der Politiker isst.“
(Uwe Spinder, Kabarettist)

Nicht nur Verantwortungsträger im CVJM sind aufgefordert, Politikberatung/Lobbyarbeit zu betreiben, wenn es im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII, §12) heißt, dass „... in Jugendverbänden und Jugendgruppen Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert und gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet wird“, und dass „... Jugendverbände die Anliegen und Interessen junger Menschen vertreten“. Lobbyarbeit ist gut, wichtig und eine Aufgabe für den CVJM – in erster Linie auf kommunaler Ebene, wo die praktische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stattfindet, aber auch auf der Landes- und Bundesebene.

Daher möchte ich an dieser Stelle eine Lanze brechen für den „Lobbyismus“. Der

Begriff geht auf „Lobby“ (engl. für „Vorhalle“) des Parlaments zurück, wo man auch heute (im Rathaus, im Landtag) Politiker zum Gespräch treffen kann. Durch abschreckende Beispiele (Stichworte „Korruption“, „Strippenzieher“) ist Lobbyarbeit negativ in die Schlagzeilen geraten und wird – auch in „christlichen Kreisen“ – oft kritisch gesehen. Dabei ist Politikberatung bzw. Lobbyarbeit eigentlich nichts Verwerfliches und nichts anderes als eine Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und -prozesse durch Informationsbeschaffung und -austausch. Die Grenzen zwischen „objektiver Beratung“ (Weitergabe von Wissen) und „Lobbying“ (Interessenvertretung) sind fließend. Die (organisierte) Vertretung und die Artikulation verschiedener Interessen gehören ebenso zur Demokratie wie freie Wahlen oder eine unabhängige Presse.¹

Lobbyarbeit geschieht auf sehr unterschiedliche Weise. Für den Bundestag gibt es eine „Öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ mit über 2.000 Eintragungen. Vor Ort sind persönliche Kontakte, Gespräche, Telefonate, Anschreiben, Teilnahme an Anhörungen, Besuch der Bürgersprechstunde von Politikern oder deren Einladung zu CVJM-Veranstaltungen Lobbyarbeit. Nicht zu vergessen die zahlreichen Möglichkeiten, gezielt und fachkompetent über Mandate in Gremien (z. B. Kinder- und Jugendringe) die Interessenvertretung wahrzunehmen. Letzteres muss nach vorhandenen Strukturen und Gegebenheiten abgestimmt werden. So vertritt die Ev. Jugend an vielen Stellen die Interes-



sen des CVJM mit, aber auch andere örtlich tätige Jugendverbände sind in den Blick zu nehmen.

Wenn man sich dazu entschieden hat, aktiv politische Entscheidungsfindungsprozesse mitzugestalten, ist es wichtig, Akteure und Strukturen genau zu kennen. Einblicke in die politische Administration mit ihren Entscheidungsabläufen, Aufgabenbereichen, Kommunikationswegen und Weisungsbefugnissen sind unabdingbare Voraussetzung für alle weiteren Aktivitäten. Ich höre schon die unvermeidlichen Fragen: „Wann sollen wir das denn noch alles leisten? Haben wir nicht einen anderen Auftrag?“ Sicher brauchen wir zur Vorbereitung und Realisierung von Lobbyarbeit zeitliche Ressourcen. Aber warum sollte es nicht Mitarbeitende geben, die die Gabe und Befähigung gerade für diese Tätigkeit haben? Für sie sind dann ggf. geeignete Fortbildungen nötig, um eine ef-

fective Mitwirkung zu schaffen. Denn wer schlecht vorbereitet in Treffen mit den falschen Gesprächspartnern geht, wird nicht viel erreichen.²

Ein gutes Übungsfeld kann etwa das Engagement als Klassen-/Schulsprecher/-in, die Mitarbeit im Presbyterium oder Jugendausschuss der Kirchengemeinde, im Kindergartenrat bzw. der Schulpflegschaft sein.

Ich hoffe, dass sich der eine oder die andere „Lobbyist/-in“ angesprochen fühlt. Denn: Lobbyarbeit beginnt damit, dass z. B. Politiker und Medienvertreter eingeladen werden und ihnen die CVJM-Arbeit präsentiert wird. Dazu kann jeder Verein beitragen – auch ohne Spezialisten in seinen Reihen zu haben.

*Erschienen im **netzwerk 3/2012**, Zeitschrift für Mitarbeitende im CVJM-Westbund, www.cvjm-westbund.de/netzwerk*

Anmerkungen

1 aus „Politik und Zeitgeschehen“ 19/2010

2 Auszüge aus: **Werner Lindner** „Politikberatung und Lobbying für die Kinder- und Jugendarbeit – Hinweise für die praxisbezogene Umsetzung“ (in „deutsche jugend“ – Heft 1/2012)

Helsinki Helsinki Helsinki Helsinki

Schon seit 1980 gibt es zahlreiche Kontakte auf Fachkräfteebene und auch Jugendaustausche zwischen Bonn und Helsinki. Nachdem Bonn nicht mehr Bundeshauptstadt ist, sind diese Kontakte zurückgegangen, aber nicht ganz eingeschlafen. So fand 2002 und zuletzt 2010 wieder eine Fachkräftedelegation aus Helsinki den Weg nach Bonn, um sich über die aktuelle Entwicklung der Jugendarbeit zu informieren.

Auf Einladung des Jugendamtes der Stadt Helsinki fand dann im September 2011 ein Gegenbesuch von vier Fachkräften aus dem Arbeitsbereich „Offene Jugendarbeit“ statt. Eine Woche lang konnten so Einblicke in Organisation, Konzepte, Modelle und Projekte gewonnen werden. Eine Auswahl wird hier vorgestellt.

Das Jugendamt Helsinki

Montag Vormittag stellte der Jugendamtsleiter der Stadt Helsinki, LASSE SIURALA, das Jugendamt von Helsinki vor. Das Jugendamt Helsinki, zuständig allein für den Bereich Jugendarbeit im weitesten Sinne, verfügt über 395 Mitarbeiter, darunter 270 Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Die Mitarbeiter werden teilweise aus unterschiedlichen Etats bezahlt (Jugend, Soziales, Gesundheit). Wichtiges Ziel der Arbeit des Jugendamtes ist, die informelle Bildung neben der formellen Bildung zu etablieren. Dabei ist die Kommunikation zwischen Schulen und Jugendzentren noch verbesserungswürdig. In Finnland hat die Arbeit des Lehrers und auch der Beruf Lehrer einen sehr hohen Stellenwert. Bevor man das Studium zum Lehrer

beginnen kann, muss man sich bewerben. In Interviews und Tests wird dann die Befähigung zum Lehrberuf festgestellt.

Es gibt 54 Jugendzentren, von denen 48 in kommunaler Trägerschaft sind. Noch vor einigen Jahren (in den 70er Jahren) gab es mehr selbständige Organisationen. Dennoch überwiegt traditionell die kommunale Trägerschaft den Bereich der Jugendarbeit. Momentan gibt es die Diskussion, ob es nicht doch besser sei, Teile der Jugendarbeit wieder an freie Organisationen zu geben, weil dort möglicherweise die vorhandenen Mittel effektiver eingesetzt werden können. Auch das Jugendamt Helsinki wird in Zukunft nicht mehr alles fördern können. Freie Organisationen sind z. B. die christliche YMCA-Bewegung (CVJM), die Pfadfinder (Scouts), die Evang. Kirchen und Organisationen, wie zum Beispiel die Anarchisten.

In unseren Gesprächen machten wir immer wieder darauf aufmerksam, dass in Deutschland die Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Freie Träger eine große Tradition hat. Dabei ist es grundtypisch, dass die meisten freien Träger in Deutschland aus der Mitte der Gesellschaft kommen und die Jugendarbeit/Sozialarbeit größtenteils im staatlichen/kommunalen Auftrag übernehmen und finanziert bekommen (Subsidiaritätsprinzip).

Das Jugendamt Helsinki geht davon aus, dass es mit seinen Angeboten ca. 20% der Jugendlichen erreichen. Mit Hilfe freier Träger, z. B. auch der Evangelischen Kirche, könnte dieser Anteil sicher gesteigert werden. Die Scouts sind mit rund 6.000 Kindern und Jugendlichen die größte Organisation



in Helsinki bzw. Finnland. 50% der Jugendhausbesucher sind unter 13 Jahre alt. Das Ziel in den nächsten Jahren soll sein, auch wieder ältere Jugendliche verstärkt in den Fokus zu nehmen.

Das Jugendamt stellt auch Gelder für nicht registrierte Gruppen zur Verfügung, wenn es sich um sinnvolle Projekte handelt. Das Anerkennungsverfahren für Gruppen, die regelmäßig unterstützt werden wollen, dauert ca. 1,5 Jahre.

Das Jugendamt arbeitet auch mit Randgruppen (z. B. Anarchisten) zusammen. Sie stellen den unterschiedlichsten Gruppen ggf. Räume und technische Unterstützung zur Verfügung.

Die Gelder für Projekte kommen aus unterschiedlichen Etats. Dies ist für einzelne Träger manchmal etwas mühsam, da sie möglicherweise für ein Projekt Gelder aus den Etat für Kultur, Sport, Jugend oder Soziales beantragen müssen. Zentraler Punkt der Kinder- und Jugendarbeit ist die Möglichkeit zur Partizipation. In jedem Jugendzentrum versammeln sich die Kinder und Jugendlichen einmal pro Woche, besprechen

Aktivitäten und kleine Anschaffungen. Über diese Treffen wird ein Protokoll geführt, dass dann auch ausgehängt wird. Insgesamt ist die Ausstattung der von uns besichtigten Einrichtungen im Vergleich zu Deutschland sehr gut (Computer, Billardtische, große Flachbildschirme, teilweise schön eingerichtete Mädchenzimmer etc.).

Jedes Jugendzentrum steht mit dem Jugendamt im regelmäßigen Kontakt. Die Besucher tragen sich in Listen ein. Das Budget für das Folgejahr richtet sich auch nach der Besucherzahl. Alle Mitarbeiter, denen wir bei den Besichtigungen begegneten, waren sehr motiviert und teilweise auch noch ziemlich jung. Das Jugendamt Helsinki hat einen Sponsorvertrag mit einem Papierhersteller. Der gibt über einige Jahre Geld ans Jugendamt ohne Zweckbindung.

Das Konzept der Kommunalen Jugendarbeit

Das Jugendamt besteht aus drei Abteilungen (kommunale Jugendarbeit, konzentrierte Jugendarbeit sowie die Finanz- und Perso-



nalabteilung). KATRI KAIRIMO stellte uns die kommunale Jugendarbeit vor, die folgende Bereiche umfasst:

- spezielle Arbeit bei Problemen/Organisation von Projekten
- Jugendpolitikarbeit (Jugendarbeiter sehen Probleme und sprechen mit Politikern darüber)
- Zusammenarbeit mit Vertretern aus Kirche, Politik, Sozialarbeit.

Jugendhäuser

Die Jugendhäuser spielen eine zentrale Rolle in der kommunalen Jugendarbeit. Die Aufgabe der Jugendhäuser ist es, die Kinder auf ihrem Entwicklungsweg zu begleiten. In der kommunalen Jugendarbeit gibt es elf Abteilungen. KATRI KAIRIMO leitet eine Abteilung und organisiert somit vier Jugendhäuser. Davon sind drei Jugendhäuser sehr typisch finnisch, ein Jugendhaus ist allerdings ein Jugendcafé ab 15 Jahren. Insgesamt gibt es in der kommunalen Jugendarbeit 226 Jugendarbeiter. Wichtig ist die Kooperation mit Schulen und Sozialarbeitern.

Die ganze Abteilung betreut neun Stadtteile, die in ihrer Sozialstruktur sehr unterschiedlich sind. In diesen Stadtteilen leben ca. 52.000 Personen, davon 11.208 Kinder

und Jugendliche im Alter von 7–24 Jahren. Das Personal besteht aus einer Leitung, 14 Jugendarbeitern, einem speziellen Jugendarbeiter für Romas (Kulturdolmetscher), einer Putzfrau, Studenten, Arbeitslosen und Freiwilligen.

Die Jugendhäuser sind hauptsächlich für Kinder im Alter von 10 bis 17 Jahren konzipiert. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Donnerstag von 14:00–21:00, Freitag von 14:00–23:00, Samstag von 14:00–23:00. In den Sommerferien sind die Häuser geschlossen, aber es gibt verschiedene Angebote außerhalb der Häuser für die Kinder. So werden Ferienlager auf den Inseln organisiert, es gibt zwanzig Skateboardparks und eine Tierfarm, die dann genutzt werden. In den anderen Ferienzeiten sind die Jugendhäuser geöffnet.

Grundsätzlich hat die Partizipation durch die Kinder in den Jugendhäusern einen hohen Stellenwert. Kinder und Jugendliche haben Mitspracherecht, sowohl was die Ausstattung angeht (wofür wird Geld ausgegeben, wie wird eingerichtet) als auch bei der Programmgestaltung (Disco, Ausflüge, etc.).

Durch ein Onlineprojekt in den Jugendhäusern wird mit den Jugendlichen durch das Internet kommuniziert. Jugendliche, die nicht vor Ort zu erreichen sind, sind aber

über „Facebook“ zu erreichen. So ist jedes Haus in „Facebook“. Teilweise sind in einzelnen Räumen Kameras installiert, sodass sich Jugendliche von zu Hause aus informieren können, was gerade im Jugendzentrum läuft. Sie können sich aber auch über das Internet Hilfe durch das Jugendhaus holen.

Kulturdolmetscher in Jugendhäusern

In dem Jugendhaus Malminkartano hat LEIFF BERG, ein Kulturdolmetscher für die Romas, sein Büro. In Finnland leben rund 13.000 Romas. Da BERG selbst Roma ist, aber schon lange Zeit in Finnland lebt, kann er sowohl die finnische Perspektive als auch die Kultur der Roma verstehen und zwischen beiden Kulturen vermitteln. Das Büro im Jugendzentrum ist auch Anlaufstelle für die Familien der Roma. Daher kommen Jugendliche aus dem Jugendzentrum mit diesen Familien in Kontakt. So können Vorurteile abgebaut und Verständnis füreinander aufgebaut werden.

Sonntags, wenn das Jugendhaus für die Jugendlichen geschlossen ist, wird das Jugendhaus als Club für die Romas genutzt. Es kommen durchschnittlich zwanzig bis hundert Romas aus Helsinki u. a. Städten Finnlands. Sie bekommen dort Informationen über Jobs, Ausbildung, Kontakte zu Sozialarbeitern usw. Zudem erhalten sie dort zwei Stunden muttersprachlichen Unterricht. Durch das Büro und den „Romaclub“ konnte bereits vielen Romas geholfen werden, sich in Finnland zu integrieren. So fanden viele der Migranten durch dieses Büro Praktikas, Arbeit, Studienplätze etc.

Kulturdolmetscher in Finnland sind oft Jugendarbeiter und werden durch das Jugendamt organisiert. Die Kulturdolmetscher arbeiten eng mit anderen Institutionen wie z. B. der Schule, der Polizei oder der Kirche zusammen. In Finnland gibt es Kulturdolmetscher insbesondere für die Somalier,

Senegalesen und Araber. Die Kulturdolmetscher kommen selber aus den entsprechenden Ländern, sprechen dieselbe Sprache wie die Migranten, die Hilfe brauchen, leben aber schon längere Zeit in Finnland. Mit den Kulturdolmetschern hat Finnland bereits seit drei, vier Jahren gute Erfahrungen gemacht.

Jugendaktivitätszentrum „Happi“

Das Jugendaktivitätszentrum „Happi“ (übersetzt „Sauerstoff“) bietet kulturelle Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene an. Auf einer ehemaligen Fabrik-Fläche von 3500 m² auf vier Etagen bietet das Zentrum vielfältige Angebote aus den Bereichen Medien, Musik, Theater, Film, Tanz, Kunst, Fotografie, Radio, Zeitung, Internet, Computer und Spiel. In der Eingangshalle befindet sich außerdem ein kleines Café. Das Zentrum ist noch recht neu und wurde erst vor kurzer Zeit gegründet. Dafür wurden einzelne bereits bestehende Kultureinrichtungen im Helsinki aufgelöst und zu einem zentralen Kulturzentrum zusammengefasst.

Pädagogische Fachkräfte mit entsprechenden Zusatzqualifikationen begleiten die Angebote und sorgen für eine professionelle Umsetzung. Das Team umfasst 25 Mitarbeiter und 15 Praktikanten und Helfer. Die Mitarbeiter begleiten die Jugendlichen bei ihren Ideen und setzen diese gemeinsam mit ihnen um. Wichtig ist es, dass die Jugendlichen die Inhalte mitbestimmen und das Gefühl bekommen, wichtig zu sein.

Junge Menschen sollen hier aktiv werden und lernen, Verantwortung zu übernehmen. Das Besondere an diesem Zentrum ist die Vielzahl der Möglichkeiten, die es hier gibt:

- In der Abteilung für Zeitung bekommen junge Leute die Möglichkeit, in der Redaktion mitzuarbeiten und über Themen zu schreiben, die sie betreffen. Dazu gibt

es regelmäßige Redaktionstreffen, auf denen über Themen diskutiert wird und Entscheidungen für Artikel getroffen werden. Die Artikel werden beispielsweise in der städtischen Zeitung Salomat abgedruckt. Darüber hinaus finden hier verschiedene Projekte statt.

- Die Musikabteilung stellt den Jugendlichen mehrere Proberäume zur Verfügung. Ein Tonstudio gibt es hier auch, so dass Songs auch direkt aufgenommen werden können. Dazu hat die Abteilung ein eigenes gemeinnütziges Label gegründet. Konzerte und Musikveranstaltungen können in einem Konzertraum des Zentrums oder in der Eingangshalle veranstaltet werden.
- Falls Jugendliche Flyer für Veranstaltungen erstellen wollen, können diese in der hauseigenen Druckerei selbst gedruckt werden.
- In der Schauspielabteilung werden verschiedene Theaterproduktionen mit Kindern und Jugendlichen umgesetzt. Dafür steht ein professioneller Theaterraum zur Verfügung.
- Die Abteilung für Fotografie bietet Fotografie-Workshops an. Die Jugendlichen lernen, mit professioneller Ausstattung umzugehen und schlüpfen in die Rolle eines echten Profis.
- Im Spielbereich steht Jugendlichen eine Vielzahl an Computern zur Verfügung, auf denen gespielt werden kann. Zudem haben junge Leute hier die Möglichkeit, Computerspiele mitzuentwickeln und an der Produktion eines Spiels beteiligt zu sein.

Viele weitere Abteilungen (Kreativabteilung, Radioabteilung, Filmabteilung usw.) laden Jugendliche ein mitzumachen, kreativ zu sein und kostenlose kulturelle Angebote zu erfahren.

Projekt „Skarppi“

Im Happi ist auch das Projekt „Skarppi“ untergebracht, das sich mit Drogen- und Alkoholprävention für Jugendliche auseinandersetzt. Die Idee erwachte im Jahre 2003. In einem öffentlichen Forum mit Kindern und Politikern wurde deutlich, dass Rauchen und Alkohol gesundheitsgefährdend sind, aber die Schulen kaum Zeit und Raum zur Auseinandersetzung mit diesem Thema bieten. Zudem wollen Kinder sich nicht von Älteren nur belehren lassen. Deshalb begann 2005 das Projekt „Skarppi“ mit Acht- und Neuntklässlern, die jüngere Kinder aufklären wollten. Die Kinder entwickelten selbst Modelle zur Aufklärung, holten sich selbst Informationen darüber, wie Alkohol und Nikotin den Menschen beeinflussen. So drehten die Kinder einen Kurzfilm, in dem sie mit alkoholisierten Erwachsenen auf der Straße sprachen, schreiben Zeitungsartikel usw. In „Skarppi“ sollen die Kinder nicht einfach belehrt werden, was richtig oder falsch ist, sondern selbständiges Denken soll durch Diskussionen mit anderen jungen Menschen angeregt werden.

Arbeitslosenprojekt „Bita“

Am Dienstagnachmittag wurden uns Projekte der konzentrierten Jugendarbeit vorgestellt. Zunächst erklärte uns die Jugendarbeiterin RIITTA OLLILA das Arbeitslosenprojekt Bita. Hier arbeiten fünf Jugendarbeiter, die versuchen, Jugendliche im Alter von 17–28 Jahren in Arbeit zu bringen. Sie arbeiten eng zusammen mit Arbeitsagenturen, Schulen, Sozialarbeitern, dem Jugendamt und verschiedenen anderen Anlaufstellen.

In Helsinki sind 4000 Jugendliche aus sehr unterschiedlichen Gründen arbeitslos. Das Angebot durch die Jugendarbeiter ist freiwillig für die Jugendlichen. Die erste Anlaufstelle für die arbeitssuchenden Jugendlichen ist das Jobcenter. Durch das Job-



center können die jungen Menschen zu den Jugendarbeitern Kontakt aufnehmen. Ein Jugendarbeiter betreut 50 bis 60 Jugendliche. Die Jugendarbeiter vermitteln den Jugendlichen Praktika. Die Stadt stellt die Praktikumsplätze zur Verfügung, deshalb gibt es Praktika insbesondere in Krankenhäusern, Kindergärten oder im Jugendamt. Die Jugendlichen erhalten wenig Geld für ihr Praktikum, sodass die Stadt die restlichen Kosten zum Lebensunterhalt bestreitet.

Durch die vermittelten Praktika sollen die Jugendlichen das Arbeitsleben kennen lernen (strukturierter Arbeitsrhythmus), sich darüber klar werden, was sie später tun möchten oder überhaupt erste Arbeitserfahrungen sammeln.

Die Jugendarbeiter helfen nicht nur bei der Vermittlung des Praktikums, sondern begleiten den Jugendlichen während seines

Praktikums bis zur Zeit nach dem Praktikum. Sie haben dabei die gesamte Person mit ihrem Umfeld im Blick. So sind sie im ständigen Dialog mit den Jugendlichen sowie deren Vorgesetzten, helfen bei der Wohnungssuche, Mentorensuche, planen mit den Jugendlichen die Zeit nach dem Praktikum, indem sie bei der Suche nach einer Ausbildung helfen.

Zurzeit sind rund 200 Jugendliche im Programm, davon 30 bis 40 % Migranten. Das Programm dauert für einen Jugendlichen sechs Monate, kann aber bei Bedarf noch einmal um sechs Monate verlängert werden.

Projekt Luotsi

Auch „Luotsi“ ist ein Projekt der konzentrierten Jugendarbeit und wird gemeinsam mit der Sozialbehörde organisiert. Die Ziele von „Luotsi“ sind, Jugendliche in ihrer Entwick-

lung zu unterstützen, soziale Ausgrenzung zu verhindern, eine frühe Unterstützung für die Jugendlichen und ihre Familien anzubieten.

Die Jugendlichen, die durch „Luotsi“ betreut werden, leben im östlichen, nordöstlichen und westlichen Teil Helsinkis und sind im Alter von 12 bis 15 Jahren. Die Jugendlichen weisen Verhaltensauffälligkeiten auf wie Depressionen, Schüchternheit, unsoziales Verhalten und ADHS.

Spezielle Teams der Schule (jede Schule hat einen Ausbildungslehrer und eine Krankenschwester), Angestellte der Sozialämter oder andere Fachleute, die mit jungen Menschen zusammenarbeiten, knüpfen die Kontakte zwischen den verhaltensauffälligen Jugendlichen und „Luotsi“. Das Team von „Luotsi“ überprüft dann noch einmal, welche Jugendlichen wirklich Hilfe durch „Luotsi“ benötigen.

Ein mehrprofessionelles Team von Erwachsenen setzt sich regelmäßig zusammen, um den Jugendlichen zu helfen und entwickelt einen individuellen Unterstützungsplan, der das Zuhause, die Schule und die Freizeit des Jugendlichen einbezieht. Die Jugendlichen definieren selbst individuelle Ziele und verpflichten sich dafür, diese umzusetzen. Für jeden Jugendlichen gibt es zudem einen Berater, mit dem regelmäßige Sitzungen abgehalten werden.

Das Team von „Luotsi“ organisiert für jeden Jugendlichen kontinuierlich Hausbesuche, Unterstützung der Eltern, individuelle Beratung, Stärkung des Lebensmanagements, anregende Freizeitaktivitäten, Erfahrungen und Abenteuer (Ausflüge, Lager). Für und mit den Jugendlichen werden Hobbies gesucht, die deren persönlichen Neigungen entsprechen. Den Jugendlichen wird Aufmerksamkeit und Zeit durch eine erwachsene Person gegeben. Es gibt Hilfe bei der schulischen Arbeit. Zudem werden

die positiven Aspekte im Leben der Jugendlichen und ihrer Familie unterstützt.

Für die Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Defiziten gibt es unterschiedliche Methoden, um ihnen zu helfen. Alle Planungen und Aktivitäten durch „Luotsi“ gehen von den individuellen Kräften, Bedürfnissen und Interessen des Jugendlichen aus. Die Jugendlichen können ein bis anderthalb Jahre an „Luotsi“ teilnehmen. Das Ziel ist, dass sich positive Entwicklungen im Leben des Jugendlichen (Freizeit, Schule, Familie) zeigen.

„Luotsi“ hat ungefähr 350 Kunden pro Jahr. Davon vollenden 90% der Kunden ihre individuellen Unterstützungspläne. 90% der Kunden, die ihre individuellen Unterstützungspläne vollendet haben, haben positive Fortschritte gezeigt.

Projekte „Skanssi“ und „Spinnu“

Neben „Luotsi“ gibt es noch die Projekte „Skanssi“ sowie „Spinnu“, die beide die von „Luotsi“ entwickelten Arbeitsmethoden verwenden. Bei „Skanssi“ konzentriert man sich auf Gruppenarbeit und die Zielgruppe sind 12- bis 15-jährige Jugendliche, die im östlichen Helsinki leben und unsoziales Verhalten zeigen. Eine Gruppe von zwölf Jugendlichen bleibt ein Jahr zusammen. Eine der Arbeitsmethoden ist ART. Das ist eine Trainingsmethode zur Selbstkontrolle, zu sozialen sowie moralischen Fähigkeiten in der Gruppe. Die Eltern werden in Elterngruppen unterstützt.

Im Projekt „Spinnu“ sind die Zielgruppe Jugendliche und deren Familien, die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stammen und im Helsinkier Gebiet leben. Man möchte die Jugendlichen im Alter von ca. 15 Jahren und deren Familien in ihrem Integrationsprozess unterstützen. Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt in der Anerkennung ihrer eigenen kulturellen Identität.



Eine der Arbeitsmethoden ist „Voimatarina“. Diese Methode gibt Werkzeuge an die Hand, um verschiedene Aspekte der Identität und Gefühle zu besprechen. Ungefähr zwanzig Teenager nehmen an „Spinnu“ jährlich teil.

Weitere Jugendzentren

Zunächst besuchten wir das Online-(Netz) Jugendarbeitszentrum. Der Projektleiter, JUKKA ORAVA, stellte uns dieses Onlineprojekt vor. Interessant war, dass Menschen aus unterschiedlichen Bereichen (Jugend, Gesundheit, Polizei) bei der Onlineberatung zur Verfügung stehen. Auch das virtuelle Habbo- Hotel wird von Mitarbeitern betreut. Die Jugendlichen können einen Raum als Jugendzentrum im Habbo-Hotel besuchen, diesen einrichten und mit den Mitbewohnern sprechen. Dieser Raum wird dann u. a. von einer Krankenschwester und einem Sozialarbeiter betreut, so dass konkrete Fragen beantwortet werden können. Die Online-Jugendarbeit umfasst zusätzlich auch Online-Beratungen.

Nachmittags besuchten wir das Jugendzentrum Luupi. Dieses Jugendzentrum liegt in einem sozialen Brennpunkt. Die Bewoh-

ner, vielfach mit Migrationshintergrund, kamen vor vielen Jahren hierher- und sind oft bis heute nicht integriert. Die Arbeitslosenzahlen sind hoch. Interessant war ein großer Raum, den alle als eine Art Bürgerzentrum (Offene Tür für alle) nutzen konnten. Hier gab es einen Kleidermarkt, Kaffee, ein paar Spiele etc. Für die Bewohner dieses Gebietes ist dies ein Anlaufpunkt, auch um Hilfestellungen zu bekommen. Die Einrichtung war offensichtlich sehr gut besucht.

In diesem Viertel gibt es auch das Jugendzentrum Luupi. Besonders interessant war hier, dass zu dem Jugendzentrum eine riesige unterirdische Skaterbahn gehört. Die Jugendlichen müssen dafür einen kleinen Beitrag von einem Euro leisten. Insbesondere wegen der langen Wintermonate ist es wichtig, Angebote zu haben, bei denen das Wetter keine Rolle spielt. Das mag auch ein Grund dafür sein, dass die Jugendzentren ziemlich groß sind.

Jugendpartizipationsmodell „Ruuti“

Die Projektleiterin HEINI TURKIA stellte uns das Jugendpartizipationsmodell „Ruuti“ vor. Mit „Ruuti“ soll in Helsinki eine neue Ära der



Partizipation von jungen Menschen eingeleitet werden. „Ruuti“ ist ein Kanal für junge Menschen, durch den ihre Stimmen auf direktem Weg Gehör bei den Entscheidungsträgern finden sollen.

Während in den Schulen Finnlands die Partizipation bereits gut läuft – in jeder Schule gibt es ein Jugendparlament –, ist dies im informellen Bereich noch nicht so weit.

Bisher konzentrierte sich die Jugendarbeit in den Kommunen Finnlands insbesondere darauf, Systeme der Teilhabe für Repräsentanten der Jugend zu schaffen. Nicht im Fokus waren dabei die Schaffung von direkten Gelegenheiten zur Partizipation oder die Nutzung von informellen Methoden, um sich in kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Das Phänomen der Partizipation der Jugend in Finnland konzentrierte sich immer mehr auf individuelle, sich rasant entwickelnde zivile Aktivitäten. So haben die Jugendlichen in Finnland ein großes Wissen

über zivilgesellschaftliche Angelegenheiten, aber das Interesse an politischen Angelegenheiten ist nicht so sehr ausgeprägt. Das politische Interesse hängt stark mit Alter, Ausbildung, sozioökonomischem Status und ethnischem Hintergrund zusammen. Die Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen ist gesunken.

In Helsinki leben über 34.000 junge Menschen zwischen 13 und 18 Jahren, die die Chance erhalten sollten, demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Deshalb möchte man durch das Projekt „Ruuti“ in Helsinki einen Wechsel von erwachsenenorientierten hin zu jugendorientierten Methoden der Partizipation erreichen.

Durch „Ruuti“ sollen die vielfältigen Methoden identifiziert und anerkannt werden, die Kinder und Jugendliche haben, um sich zu beteiligen. Die Jugendlichen sollen Möglichkeiten bekommen, sich auf verschiedenen Wegen (traditionelle, kulturelle, künstlerische) zu beteiligen. Ermöglicht werden soll die Teilnahme von unten nach oben.

Man möchte ein offenes Ohr für die Angelegenheiten der Jugendlichen haben und sie in ihren auch manchmal spontanen Aktionen unterstützen. Um ihre Bürgerrechte auszuüben, soll es die Möglichkeit geben, sich für einen beliebigen Zeitraum zu beteiligen (mit leichten Möglichkeiten des Mitmachens und Wiederaussteigens).

„Ruuti“ wird aus jährlichen Veranstaltungen (u. a. regionale Studentenschaftstage, Bürgermeistersitzungen, Treffen mit Entscheidungsträgern), Jugendaktivitäten (Aktivgruppen, Ruuti-Koordinationsgruppe, verschiedene Studentengruppen) sowie einem interaktiven Webkanal bestehen.

Im Herbst 2011 startet Ruuti offiziell mit der „Ruuti-Expo“ in dem Ausstellungszentrum Wanha Satama. Hier können die Jugendlichen ihre Meinungen durch Worte, das Internet (interaktiver Webkanal-Verkko-Ruuti), durch Soziale Medien und verschiedene Formen der Kunst kundtun.

Die Verantwortlichen möchten erreichen, dass zu der „Ruuti-Expo“ möglichst viele, unterschiedliche junge Teilnehmer mit verschiedenen Hintergründen kommen. Die Mitgestaltung der jungen Menschen soll direkt ermöglicht werden, unabhängig davon, ob sie sich einer Organisation oder Gruppe anschließen.“ Ruuti-Expo“ ist ein Treffpunkt zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern.

Nach „Ruuti-Expo“ wird es weitere regelmäßige Treffen, Jugendaktivitäten geben. Dies gipfelt im Frühling 2012 in einem Treffen zwischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen zur Reflexion, wie die Initiativen der jungen Menschen realisiert und unterstützt wurden.

Perspektiven

Mit der Fachkräftebegegnung „Bonn in Helsinki“ erfolgte im September 2011 der Gegen-

besuch der Bonner Fachkräfte in Helsinki im Anschluss an die Fachkräftebegegnung Helsinki in Bonn im Jahr 2010.

Auf Anregung der finnischen Gastgeber beabsichtigen wir im Jahr 2012 eine mehrwöchige Hospitation eines pädagogischen Mitarbeiters/einer pädagogischen Mitarbeiterin in Bonn und im Gegenzug in Helsinki. Kontakte in Bezug auf Internationale Jugendbegegnungen bestehen insbesondere im Bereich des Austausches im Bereich Jugendkultur (Jugendmusik-Bands), hier insbesondere in Verbindung mit dem Jugendaktivitätszentrum Happi.

Aus Sicht der deutschen TeilnehmerInnen lohnt sich die Fortsetzung des Jugendfachkräfteaustausches. Es konnten viele interessante Eindrücke und Informationen gesammelt werden, z. B. im Bereich Partizipation, Digitales Jugendzentrum, Engagement der Stadt bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen, Vernetzung von Kompetenzbereichen, Verknüpfung von Jugendarbeit und erzieherischen Hilfen etc. Auch die finnische Seite wies mehrfach darauf hin, dass einzelne Ideen und Ansätze der Bonner Jugendarbeit zum festen Bestandteil der Jugendarbeit in Helsinki geworden sind. So zum Beispiel das Bonner Projekt „Basketball um Mitternacht“, das noch heute in Helsinki besteht.

Der Jugendfachkräfteaustausch wurde mit Mitteln aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über den Landschaftsverband Rheinland sowie mit kommunalen Mitteln des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Bonn gefördert.

Harry Wolff ist Geschäftsführer der Heimstatt e. V. Bonn, Verein zur Förderung der Jugendsozialarbeit, www.heimstatt-bonn.de

Eine Chance für Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit?

Neue Initiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): „Allianz für Bildung“ und Förderprojekt „Bündnisse für Bildung“

„Allianz für Bildung“

Die am 22. Februar 2011 gegründete „Allianz für Bildung“ ist eine Initiative des BMBF zu Anregung einer breiten gesellschaftlichen Bewegung zur Unterstützung und Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher. Die „Allianz für Bildung“ ist ein Aktionsbündnis von 28 Verbänden und Organisationen (siehe S. 40)

Die folgenden Auszüge aus verschiedenen Statements des Ministeriums dokumentieren die ambitionierten Ziele des Projekts:

„Die ‚Allianz für Bildung‘ will den Aufbau Bündnissen für Bildung unterstützen, vorhandene Initiativen vernetzen und fachliche Expertise vermitteln. Die Allianz für Bildung versteht sich als Instrument der bundesweiten Vernetzung, das die beteiligten Stiftungen, Organisationen und Initiativen dabei unterstützt, ihre Expertise zu bündeln, Beispiele guter Praxis bekannt zu machen und für einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft zu werben. Die wichtigste Aufgabe dieser Allianz ist die Unterstützung von

Kindern und Jugendlichen, die ihren Bildungsweg unter ungünstigen Bedingungen beginnen. Ziel ist es, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und persönlicher Zukunft aufzubrechen.“

„Bündnisse für Bildung – Kultur macht stark.“

Die „Allianz für Bildung“ hat bisher das BMBF bei der Entwicklung einer Förderrichtlinie für das neue Förderprogramm „Bündnisse für Bildung“ zur Unterstützung von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen begleitet.

Dieses Förderprogramm verfolgt diese Ziele:

„Die Bekämpfung von Bildungsarmut ist eine der großen Herausforderungen, die es zu meistern gilt. In Deutschland wachsen vier Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, also mehr als ein Viertel dieser Altersgruppe, in einer sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolage auf, die ihre Bildungschancen schmälert.“

Erklärung der BAG-OKJE e.V. zum Beitritt zur „Allianz für Bildung“

Die BAG-OKJE e.V. ist der bundesweit tätige Fachverband der anerkannten Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland. Die Verbesserung der Bildungschancen und die Entwicklung von Programmen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche sind wesentlicher Teil der Arbeit der Einrichtungen unserer Mitglieder in allen Bundesländern.

Die Grundlage dieses Auftrages ist die Herausforderung des gesellschaftlichen Wandels. Bildung wird mehr denn je zu einer grundlegenden Gemeinschaftsaufgabe. Für alle jungen Menschen soll unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrer schulischen Laufbahn Gelegenheiten, Räume und Chancen eröffnet werden, um sich die Welt in allen ihren Facetten und Dimensionen anzueignen. Kinder- und Jugendarbeit kann hierzu aufgrund ihrer vielfältigen Erfahrung mit Alltagsbildung eine unersetzbare Rolle spielen, da sie in der Lage ist, gezielt auch jene sozial benachteiligten und bildungsfernen jungen Menschen, die sonst nur schwer erreichbar sind, anzusprechen und fördern, sowie im Hinblick auf ihre gesellschaftliche und kulturelle Partizipation unterstützen. Kinder- und Jugendarbeit ist der Bildungsort, in dem das bildungsbezogene Potential entfaltet werden kann um jene Kompetenzen zu erwerben, die ansonsten in der Regel nirgends systematisch vermittelt werden, weder in der Schule noch in der Familie oder an anderen Lernorten.

Die Mitglieder der BAG-OKJE e.V. erreichen als Träger von ca. 7000 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland einen wichtigen Teil der Zielgruppen für Bildungsangebote nach dem dargestellten offensiven Bildungsansatz. Sie beteiligen sich an Kooperationen in lokalen

und regionalen Bildungspartnerschaften. Sie kooperieren im Bereich des Ganztagsangebotes mit Schulen und bringen ergänzende Bildungsangebote ein. Sie betätigen sich in der Übergangsbegleitung von der Schule in die Arbeitswelt. Und vor allem: *Sie gestalten das eigene Angebot in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bewusst und systematisch als Bildungsangebot zur sozialen und kulturellen Integration für Kinder- und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund.*

Über diese Alltagsarbeit hinaus betätigen sich viele Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in besonderer Weise als Träger von Integrationsprojekten, an Projekten der Übergangsbegleitung und spezifischen Förderangeboten. Die MitarbeiterInnen der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit finden durch ihre Arbeitsweise Zugänge und zu informellen Bildungs- und Lernorten von Jugendlichen, die für Institutionen der formalen Bildung schwer erreichbar sind. Darin sehen wir die besondere Aufgabe und das Entwicklungspotential im Rahmen der Allianz.

Die BAG-OKJE e.V. kann dieses Ziel unterstützen durch die Erarbeitung von fachlichen Konzepten, durch Qualifizierungsangebote, durch Erfahrungsaustausch, durch die Beratung zu fachlichen Fragen und zu tragfähigen und nachhaltigen Finanzierungskonzepten, durch Projektbegleitung und den Transfer der Erfahrungen aus solchen Projekten. Damit kann die Initiative der Allianz für Bildung zur Mobilisierung von Ressourcen und Synergien zur Erweiterung der Verantwortungsgemeinschaften für Bildung und der Angebote auf der lokalen Ebene einen weiteren Beitrag leisten.

Jürgen Holzwarth, Vorsitzender
Bundesarbeitsgemeinschaft Offene
Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.

„Ziel der ‚Allianz für Bildung‘ ist es, die Gründung lokaler Bündnisse für Bildung vorzubereiten, in denen Vereine, Verbände und engagierte Bürgerinnen und Bürger in enger Abstimmung mit Schulen und Kommunen Maßnahmen entwickeln, die Kindern und Jugendlichen elementare Kulturtechniken sowie Lern- und Lebenshaltungen wie Teamgeist und Anstrengungsbereitschaft vermitteln. Die Instrumente hierfür sind so vielfältig wie die beteiligten Akteure. Vielfältige Sportangebote im Verein sowie au-

ßerschulische Kultur- und Musikangebote gehören ebenso dazu wie Sommercamps in den Ferien, Paten- und Mentorenprogramme oder auch Hausaufgabenunterstützung. Die Akteure der ‚Allianz für Bildung‘ konzentrieren sich in diesem Prozess auf die zentralen Aktionsfelder ‚Sport und Bewegung‘, ‚kulturelle Bildung‘, ‚Forschen und Experimentieren sowie ‚Begleiten, Fördern und Beraten‘. Die Allianz für Bildung bildet auf Bundesebene das Dach über den lokalen Bildungsbündnissen. Sie unterstützt deren

Mitglieder in der Allianz für Bildung

Mitglieder der Allianz für Bildung sind gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

- Deutscher Olympische Sportbund
- Didacta Verband e.V.
- Deutscher Bibliotheksverband e.V.
- Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.
- Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung
- Stiftung Lesen
- Stiftung Haus der kleinen Forscher
- Gemeinnützige Hertie-Stiftung
- Joachim Herz Stiftung
- Robert Bosch Stiftung
- Roland Berger Stiftung
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
- Verband Deutscher Musikschulen e.V.
- Verband der Bildungsmedien e.V.
- Arbeitsgemeinschaft von Jugendbuchverlagen e.V.
- Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“
- Initiativen „Rock Your Life“ und „Die Komplizen“
- Bundesverband der Schulfördervereine e.V.
- Stiftung der Deutschen Wirtschaft e.V.
- proskenion Stiftung
- Acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V.
- Deutscher Bundesjugendring e.V.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V. und der Deutsche Städtetag
- Vodafone Stiftung Deutschland
- Initiative „ArbeiterKind.de“
- Arbeitsstelle beim Vorsitzenden des Nationalkomitees der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG-OKJE e.V.)

Siehe auch die Presseerklärung des Ministeriums (S. 43) und die folgenden Links: <http://www.bmbf.de/de/15799.php> und <http://www.buendnisse-fuer-bildung.de>

Bildung und Vernetzung und vermittelt ihnen fachliche Expertise.“

Das Konzept der BAG-OKJE zu den „Bündnissen für Bildung“:

Auszüge aus dem Konzept – Die Bundesarbeitsgemeinschaft Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG-OKJE e.V.) unterstützt diese Initiativen des BMBF:

- Mit der Erklärung (siehe Seite 39) wurde der Beitrag der Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu den Zielen der Allianz für Bildung beschrieben.
- Mit ihrem Konzept zur Beteiligung am Förderprogramm „Bündnisse für Bildung-Kultur macht stark“ hat sie sich als ein bundesweiter Träger auch für die Projekte beim BMBF beworben. Der besondere Zugang zur kulturellen Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird darin so beschrieben:

„Aus dem Bildungsverständnis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihren Prinzipien ergeben sich spezifische Bildungsprozesse, die so nur in der Kinder- und Jugendarbeit stattfinden können. Die Bildungsleistungen münden vorwiegend in soziale und personale Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen.

Diese Bildungsleistungen haben einen nochmals spezifischen Bezug zu jugendlichen Lebenswelten, wie sie sich im Inhalt und in der Zielgruppe des Programms „Kultur macht stark“ in besonderem Ausmaß wiederfinden: Die Kinder und Jugendlichen werden durch den situativen und alltagspädagogischen Ansatz bei ihren Interessen und Kompetenzen „abgeholt“ und motiviert sich in ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen zu zeigen. Dieses sich zeigen erfolgt besonders ausgeprägt über „ästheti-

sierte Inszenierungen“, die, materialisiert in „kulturellen Artefakten“, wesentliche Faktoren von Identitätsbildung und Integration darstellen.¹ Als Medium dienen hierfür vielfach kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten, die meistens in irgendeiner Form mit „Körperlichkeit“ zu tun haben: Tanz, Musik, Theater, auch Graffiti oder andere szenetypische Kulturformen. Damit avancieren kulturelle Ausdruckformen von Prozessen der Alltagsbildung zu ganz grundlegenden Bildungserfahrungen im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Kinder und Jugendliche, die ihr Handeln als wirksam in ihrer Umwelt erleben, können im Prozess ihrer Identitätsfindung, im Aufbau von Zukunftsperspektiven und im Vertrauen auf ihre eigenen Fähigkeiten mit deutlich größerer Zuversicht ihre Entwicklungsaufgaben bewältigen als es ihre prekäre Situation (vgl. Kap. 3) zunächst vermuten lassen.

Darüber hinaus sind genau solche Bildungsprozesse die Voraussetzung für das Gelingen formaler Bildungsprozesse und damit ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik.“

Die besonderen Zugänge der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu der Zielgruppe des Förderprogrammes „Bündnisse für Bildung“ werden ebenfalls dargestellt:

„Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendhäuser, Aktivspielplätze, Jugendfarmen, Spielmobile usw. bieten diesen Kinder und Jugendlichen vielfach erstmals die Möglichkeit sich positiv in einem geschützten und begleiteten Rahmen zu zeigen und Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren. Daher ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit genau für die beschriebene Zielgruppe (des Förderprogrammes) sehr attraktiv: Ein großer Teil der Besucherinnen und Besucher der Einrichtungen der

offenen Kinder- und Jugendarbeit stammen seit jeher aus bildungsbenachteiligten Familien. Je nach Sozialraum, in dem sich die Einrichtung befindet, suchen Kinder und Jugendliche mit familiären, sozialen, finanziellen und kulturellen Divergenzen nach Möglichkeiten der Zugehörigkeit, der Freizeitgestaltung, der Mitwirkung und der Teilhabe. Diese finden sie in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Gerade die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erreichen mit ihren Prinzipien und Methoden bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche. Dies zeigen viele verschiedene Analysen von Besucher/innen von Einrichtungen.² Nach diesen Analysen stammen besonders in hauptamtlich geführten Einrichtungen bis zu 80% der Besucher/innen aus dieser Zielgruppe. Offenbar sind die Rahmenbedingungen und Methoden für diese Zielgruppe besonders attraktiv.

Die Attraktivität der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für die Zielgruppe ist durch (mindestens) vier Faktoren erklärbar:

1. Die Jugendlichen selber formulieren insbesondere die Clique als Zugangsweg. Dort, wo sich ihre Freunde aufhalten, wo sie sich zugehörig fühlen, dort gehen sie hin. Der Freiraum, den die Offene Kinder- und Jugendarbeit anbietet, kommt dem sehr entgegen: die Kinder und Jugendlichen können sich dort als Clique treffen, werden nicht über Schultyp, Alter, Interessen oder Fähigkeiten selektiert, sondern sind als ganze Gruppe willkommen.
2. Das zweite wichtige Moment ist die Orientierung an den Stärken von Kindern und Jugendlichen und das Fehlen eines äußeren Leistungsdrucks. Benachteiligte Kinder und Jugendliche machen in formalen Lernsystemen häufig Erfahrungen des eigenen Versagens. Es werden spezifische, curricular festgelegte Leistungen verlangt, die individuelle Fähigkeiten nur zufällig berücksichtigen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit kann sich an den Stärken und besonderen Fähigkeiten ihrer Besucher/innen orientieren. Das Prinzip der Teilhabe eröffnet die Möglichkeit, selbst zu bestimmen, was Thema sein soll, was an Ideen umgesetzt werden soll – und was nicht. Das schafft die Möglichkeit von Anerkennung und Wertschätzung ohne Versagensängste und Leistungsdruck.
3. Die Freiräume der Offenen Kinder- und Jugendarbeit generieren zielgruppenspezifische Angebote, die die Jugendkulturen und -szenen aufgreift. Daraus ergeben sich für die Kinder und Jugendlichen bildungsbiografische Chancen auf Anerkennung und Wertschätzung durch ihre Performances, die kaum zu überschätzen sind. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit agiert jedoch nicht als blinde Unterstützerin all dessen, was ihre Besucher/innen wollen, sondern leistet gleichzeitig eine kritische Auseinandersetzung mit Alltagsroutinen, Orientierungen und Werten – die notwendige Voraussetzung für (selbst-) reflexive Genese einer „verantwortlichen Lebenspraxis“ und der Erweiterung von Handlungsalternativen. Sie schafft Raum, dass Jugendliche ihre Stärken erfahren, daraus Kompetenzen entwickeln und bietet ganz praktisch Plattformen, um ihre Performances unterschiedlichster Art wie Poetry slam, Openstage, Streetdance, Graffiti usw. zu präsentieren.³
4. Orientierung an den Stärken, Anerkennung und Wertschätzung sowie die Eröffnung von Freiräumen gehen einher mit einem Beziehungsangebot für die Kinder und Jugendlichen, in dem sie den so genannten „Anderen Erwachsenen“



Presse- mitteilung

HAUSANSCHRIFT Hannoversche Straße 28–30, 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL 030 / 18 57-50 50

FAX 030 / 18 57-55 51

E-MAIL presse@bmbf.bund.de

HOME PAGE www.bmbf.de

10. Mai 2012
058/2012

Kultur macht stark

BMBF fördert außerschulische Bildungs- und Kulturangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche/Schavan: „Bündnisse für Bildung schaffen bessere Chancen“

„Kultur macht stark.“ Unter diesem Motto fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung ab 2013 außerschulische Angebote der kulturellen Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Gefördert werden beispielsweise Ferienfreizeiten und Sommerakademien mit kulturellem Bezug, Musik- und Theaterinszenierungen oder Paten- und Mentorenprogramme, bei denen junge Menschen an Kunst, Musik, Literatur oder die neuen Medien herangeführt werden.

„Gute Bildung für alle – das ist nicht allein eine Aufgabe des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft“, sagt Bundesbildungsministerin Annette Schavan. „Wir brauchen eine breite Bewegung für bessere Bildungschancen und werden deshalb Vereine, Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen vor Ort zusammenführen. So werden überall in Deutschland Bündnisse ins Leben gerufen, die sich um bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche kümmern.“

Im Rahmen der Förderrichtlinie „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ fördert das BMBF außerschulische Angebote vor allem aus dem kulturellen Bereich. Junge Menschen werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt, ihr Selbstbewusstsein wird gestärkt. Sie erfahren persönliche Wertschätzung und erleben, was es bedeutet, etwas bewegen zu können und gebraucht zu werden. So werden sie dazu ermutigt, ihr eigenes Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Mit dem neuen Programm des BMBF wird eine weitere Vereinbarung des Koalitionsvertrages von 2009 umgesetzt. Dieser sieht die Förderung von lokalen Bildungsbündnissen vor, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure zusammenschließen, um Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.

Die Förderung beginnt 2013 und erstreckt sich über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren. 2013 stellt das BMBF dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Folgejahre ist eine Steigerung auf bis zu 50 Millionen Euro geplant.

Ein lokales Bündnis für Bildung soll vor Ort aus wenigstens drei Kooperationspartnern bestehen, die sich aus unterschiedlicher Perspektive um junge Menschen kümmern. Dies können beispielsweise Volkshochschulen, Bibliotheken, Chöre, Musik- und Theatergruppen oder auch andere Vereine sein. Die Förderung der lokalen Bündnisse für Bildung erfolgt über bundesweite Verbände und Initiativen, die sich bis zum 31. Juli mit Konzepten um eine Beteiligung an dem Förderprogramm bewerben können.

Ein wichtiger Partner des Programms „Kultur macht stark“ ist der Deutsche Kulturrat mit seinen Mitgliedsorganisationen. Bildungsministerin Schavan begrüßte, dass der Kulturrat eine Dialogplattform zum Thema kulturelle Bildung aufbauen will, und kündigte an, dass das BMBF auch dieses Projekt unterstützen wird.

„Mit den Bündnissen für Bildung leistet das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen sehr wichtigen Beitrag zum Ausbau der Kulturellen Bildung vor Ort“, so Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates. „Auch der Deutsche Kulturrat wird sein Engagement im Bereich der Kulturellen Bildung weiter ausbauen. Mit unserer Dialogplattform möchten wir ein digitales wie analoges Netzwerk der Kulturellen Bildung in Deutschland schaffen. Über die geplante Internetseite, bei zukünftigen Veranstaltungen und Arbeitskreistreffen sowie in der regelmäßig erscheinenden Sonderbeilage der Zeitung Politik & Kultur sollen sich Experten wie Interessierte über Themen der Kulturellen Bildung informieren und austauschen können.“

Weitere Informationen unter www.bmbf.de oder unter <http://www.buendnisse-fuer-bildung.de/>

(BÖHNISCH, 1990) evtl. alternativ und dem entsprechend positiv kennen lernen können. Damit wird das Jugendzentrum nicht nur als Treffpunkt, sondern als „Ort der Zugehörigkeit“⁴ wahrgenommen und entspricht einem besonders ausgeprägten Bedürfnis der Zielgruppe.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit setzt mit ihrem Setting und ihren Angeboten direkt an der Lebenswirklichkeit der avisierten Zielgruppe an und erreicht sie damit besonders gut und nachhaltig.

Somit kommt der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Abbau von Bildungsbenachteiligung eine besondere Rolle zu.

Diese Rolle kann die Offene Kinder- und Jugendarbeit jedoch nicht flächendeckend ausfüllen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit hat besondere Zugänge zur Zielgruppe der (bildungs-) benachteiligten Kinder- und Jugendlichen. Diese finden in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit besonders häufig Gelegenheiten vor, die es ihnen ermöglichen z. B. im Rahmen jugendkultureller Ausdrucksformen Selbstwirksamkeit und Anerkennung zu erfahren. Das bedeutet nicht, dass dies in der Alltagspraxis der offenen Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich durchgängig in ausreichendem Umfang verwirk-

licht werden könnte. Da die Offene Kinder- und Jugendarbeit überwiegend kommunal finanziert wird, fehlen dazu sehr häufig die finanziellen Mittel, aber bei manchen bereits vorhandenen, aber auch potentiellen zukünftigen Partnern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bedauerlicherweise auch das Bewusstsein, dass erfolgversprechende Strategien zur positiven Bearbeitung von Benachteiligungen nicht ausschließlich auf schulische Angebote gegründet werden können. Gerade in der Stärkung eines solchen Bewusstseins liegt eine der zentralen Aufgaben der lokalen Netzwerke im Rahmen des vorgeschlagenen Projekts.“

Der Vorstand der BAG-OKJE e.V. wird Ende September erfahren, ob dieses Konzept eine Förderchance durch die Auswahl-Experten des BMBF ab 2013 erhalten wird. Aus unserer Sicht ist es optimal auf die Bedarfslage der Zielgruppe abgestimmt. Daher gehen wir von einer Unterstützung aus. Wenn die Zusage des BMBF kommt, werden wir durch eine breite Informations-Kampagne im Herbst 2012 über die weiteren Umsetzungsschritte und die Antragsmöglichkeiten in dieser Zeitschrift aber auch auf unserer Homepage (www.offene-jugendarbeit.info) informieren.

Anmerkungen

1 Schulz, 2010, S. 42.

2 Hierzu vgl. Rauschenbach: „Zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, 2010, S. 163.

3 Vgl. Cloos/Köngeter, in: Lindner, 2008, S. 86

4 Cloos/Köngeter, 2008, S. 84.



Die Diakonische Jugendhilfe Region Heilbronn e.V. ist eine breit aufgestellte Jugendhilfeeinrichtung in freier Trägerschaft mit nahezu 550 Mitarbeitenden und 30 Standorten in der Region Heilbronn.

Wir suchen im Fachbereich
Jugend- und Jugendsozialarbeit



Sozialpädagogische Fachkräfte (m/w)

(Dipl. Sozialarbeiter/in, Dipl. Sozialpädagoge/in, Jugend- und Heimerzieher/in oder vergleichbare Qualifikation)

für die Offene Jugendarbeit in unseren Partner-Kommunen im Landkreis Heilbronn.

Stadt Bad Wimpfen

Jugendhausleitung, Stellenumfang 100%, unbefristete Anstellung, ab 1.10.2012.

Stadt Schwaigern.

Kommunale/r Jugendreferent/in, Stellenumfang 100%, unbefristete Anstellung, ab sofort.

Gemeinde Nordheim.

Jugendhausleitung, Stellenumfang 100%, unbefristete Anstellung, ab 1.10.2012.

Nähere Informationen zu den Stellen und den einzelnen Anforderungsprofilen erhalten sie unter www.djhn.de. Dort finden Sie darüber hinaus weitere Stellenangebote, insbesondere zur Jugendsozialarbeit an Schulen.

Inhaltliche Fragen beantwortet:

Volker Fuchs, Fachbereichsleiter
Tel: 07131/6422055 E-Mail: volker.fuchs@djhn.de

Fühlen Sie sich angesprochen?

Ihrer Bewerbung sehen wir gern entgegen!

Diakonische Jugendhilfe Region Heilbronn e.V.
Personalreferat: Michael Hofmann
Wilhelmstraße 26
74072 Heilbronn
Tel: 0 71 31 / 8 88 77 - 15

Bewerbung per E-Mail:

michael.hofmann@djhn.de



**DIAKONISCHE
JUGENDHILFE**
Region Heilbronn e.V.

IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** gibt seit 2005 die seit 1991 regelmäßig erscheinende Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT** heraus.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

OFFENE JUGENDARBEIT

Praxis • Konzepte • Jugendpolitik

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.
(BAG OKJE e.V.)
Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart
Telefon: 0711 / 89 69 15-0 · Fax: 0711 / 89 69 15-88

Verlag: tb-verlag
Burkhard Fehrlen
Hegelstr. 48 · 72072 Tübingen
www.tbv-verlag.de · bfehrlen@t-online.de
ISSN 0940-2888

Gestaltung: KOHLERDESIGN · www.kohlerdesign.de

Auflage: ca. 2.500 Exemplare, 4 x jährlich

LeserInnenkreis: Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege

Internet: www.offene-jugendarbeit.info

Redaktion: Thea Koss, Burkhard Fehrlen

Anzeigen: Eric Bachert (BAG)
Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage.
Falls Sie Fragen haben, ist Eric Bachert
Ihr Gesprächspartner,
Telefon: 0711/89 69 15-32
E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de



OFFENE JUGENDARBEIT

erscheint viermal jährlich.

Einzelpreis Druckausgabe **6,- €**
(zzgl. Versandkosten)

Jahresabonnement **15,- €**
(inkl. Versandkosten)

Zeitschrift als PDF **3,- €**

Bestellung unter www.tbt-verlag.de.

Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

MPLC
Motion Picture Licensing Company

Die MPLC Schirmlizenz – Die Lösung zur Einhaltung des Urheberrechts für öffentliche Filmmutzungen

Für die öffentliche Nutzung von gekauften oder ausgeliehenen DVDs, Videos oder Blu-rays wird eine entsprechende Lizenz benötigt, denn die Nutzung von Home-Video-Bildtonträger ist nur für den privaten Bereich erlaubt.

MPLC Deutschland vertritt die Filmrechte für die öffentliche Nutzung von über 400 Studios und Verleiher, darunter namhafte Unternehmen wie Sony Pictures, Walt Disney, Paramount, MGM, Universal Studios, 20th Century Fox und viele weitere (www.mplc-film.de).

Über eine Rahmenvereinbarung mit der BAG OKJE ist es Ihnen als Einrichtung möglich, die MPLC Schirmlizenz zu einem ermäßigten Lizenzsatz von **€ 168,75 plus 7% MwSt.** zu erwerben. Diese ist ein Jahr gültig und gilt unbegrenzt für alle Filme der Studios und Verleiher.

Für weitere Fragen und Informationen melden Sie sich gerne unter 0 61 50 / 10 85-69 oder info@mplc-film.de.



MPLC Deutschland GmbH
Weiterstadt Park
Brunnenweg 7
D - 64331 Weiterstadt
Tel. +49 (0) 6150 1085-69
Fax +49 (0) 6150 1085-90
info@mplc-film.de
www.mplc-film.de

MPLC
Motion Picture Licensing Company

Copyright © MPLC 2012
(Die vorliegenden Inhalte sind
urheberrechtlich geschützt)